

Schwerpunkte und Leitlinien liberaler Kommunalpolitik

Politik für dich!

Programm der FDP Saarbrücken zur Kommunalwahl am 07.06.2009

Inhaltsverzeichnis

1.	EINLEITUNG UND ERLÄUTERUNGEN	1
1.1.	Rechtliche Stellung der Gemeinden	1
1.2.	Aufgaben der Gemeinden	1
1.3.	Eigene Aufgaben	1
1.4.	Übertragene Aufgaben.....	1
1.5.	Freiwillige Aufgaben	1
1.6.	Pflichtaufgaben.....	1
1.7.	Staatliche Auftragsangelegenheiten	2
2.	LEITLINIEN LIBERALER KOMMUNALPOLITIK FÜR SAARBRÜCKEN.....	3
2.1.	Liberaler Bürgergesellschaft vor Ort.....	3
2.1.1.	Die Kommune ist der Ort für bürgerschaftliches Engagement.....	3
2.1.2.	Liberaler fördern Mitwirkungsmöglichkeiten - Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.....	4
2.1.3.	Transparenz muss selbstverständlich sein	4
2.1.4.	Hare-Niemeyer Verfahren für Stadtrat und Ausschüsse	4
2.1.5.	Wahlrecht ab 16 und Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer.....	5
2.1.6.	Subsidiaritätsprinzip und Konnexitätsprinzip stärken	5
3.	SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK.....	6
3.1.	Soziale Verantwortung in der Gemeinde.....	6
3.1.1.	Für eine offensive Gestaltung des demographischen Wandels.....	6
3.1.2.	Generationengerechtigkeit stärken - Seniorenbedürfnisse berücksichtigen.....	6
3.1.3.	Generationengerechtigkeit stärken - Kinder und Familien fördern	7
3.1.4.	Menschen mit Behinderung in unserer Stadt	8



3.1.5.	Migration und Integration	8
3.1.6.	Qualifizierter Mietspiegel für Saarbrücken.....	9
3.1.7.	Zukunftsorientierte und praxisgerechte Gesundheitspolitik: Stärkung und langfristige Sicherung der Leistungen des Winterberg-Klinikums.....	9
3.1.8.	Drogenhilfezentrum (DHZ)	10
3.2.	Ehrenamt stärken	10
4.	SCHULE UND WEITERBILDUNG.....	11
4.1.	Leistung, Kreativität und Wettbewerb	11
4.2.	Kindergärten und Grundschulen.....	11
4.3.	Kreativer Wettbewerb unter den Schulen	11
4.4.	Durchlässigkeit zwischen allen Schularten	12
4.5.	Mehrsprachigkeit fördern	12
5.	UMWELTBEWUSST LEBEN UND ARBEITEN IN SAARBRÜCKEN	13
5.1.	Umwelt erhalten und Mobilität ausbauen	13
5.2.	Abschaffung des Gelben Sacks	14
5.3.	Einführung der Zebratonne	14
5.4.	Blaue Tonne	14
5.5.	Einfache und sichere Abfallentsorgung - keine Müllverwiegung in Saarbrücken!	14
5.6.	Ziele der Entsorgungspolitik.....	15
5.7.	Feinstaubbelastung	16
5.8.	Energie sparen, erneuerbare Energien ausbauen	16
5.9.	Kommunale Betriebe und erneuerbare Energien	16
6.	LIBERALE BAU - UND VERKEHRSPOLITIK IN SAARBRÜCKEN	17
6.1.	Gleichwertige Entwicklung von ÖPNV und Individualverkehr	17
6.2.	Intelligente Technik.....	17
6.3.	Lärm zurückdrängen.....	17
6.4.	ÖPNV fördern	17
6.5.	Gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer	18



6.6.	Attraktivitätssteigerung der Innenstadt als Standortförderung	18
6.7.	Vordringliche verkehrspolitische Maßnahmen für Saarbrücken	19
7.	SICHERHEIT UND SAUBERKEIT IN DER STADT	20
7.1.	Vorrang für Prävention	20
7.2.	Präsenz statt Wegsehen	20
7.2.1.	Jährlicher Kriminalitätsbericht	20
7.2.2.	Tourismus ja - Drogentourismus nein	21
7.2.3.	Mehr Polizeipräsenz statt weniger Bürgerrechte	21
7.2.4.	Schutz vor Vandalismus und Belästigung	21
7.3.	Sauberkeit als Visitenkarte - daher konsequente Ahndung von Ordnungswidrigkeiten!	21
8.	KULTURPOLITIK: KULTUR LEBEN UND ERLEBEN	23
8.1.	Lebendige Kultur lebt von privater Initiative	23
8.2.	Kultur schafft Kommunikation	23
8.3.	Saarbrücken ist Kulturstadt	24
8.4.	Kunst im öffentlichen Raum	24
8.5.	Vierter Pavillon	25
8.6.	Projekt „Jedem Kind sein Instrument“	25
8.7.	Straßenfeste	25
8.8.	Bürgerpark	25
9.	SOLIDE FINANZEN: DAS GEMEINDEFINANZ-REFORMKONZEPT DER FDP	27
9.1.	Städte und Gemeinden in der Finanzkrise	27
9.2.	Das „Zwei-Säulen-Modell“ der FDP	27
9.3.	„Wer bestellt, muss auch bezahlen!“ (Konnexitätsprinzip)	28
9.4.	Verbesserung der Ausgabensituation der Gemeinden	28
9.4.1.	Ausgabenproblematik	28
9.4.2.	Ausgabendisziplin	28
9.5.	Neubau-Finanzierung öffentlich genutzter Gebäude	29



10.	ABGABENLAST FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER SENKEN.....	31
11.	ARBEITSPLATZSICHERUNG DURCH MARKTWIRTSCHAFT:.....	32
11.1.	Wirtschaft und Finanzen in Saarbrücken	32
11.2.	Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft.....	32
11.3.	Bedeutung Saarbrückens als Oberzentrum	32
11.4.	Verwaltung modernisieren und Barrieren abbauen	33
11.5.	Kernaufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung.....	34
11.5.1.	Ein Ansprechpartner für die Wirtschaft - echte „one-stop-agency“ schaffen	34
11.5.2.	Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit reorganisieren	34
11.6.	Wirtschaftlicher Strukturwandel – Saarbrücken – Zentrum im Dreiländereck.....	35
11.7.	BID (Business Improvement District) - Partnerschaft zur Attraktivierung von Stadtquartieren	35
11.8.	Privat vor Staat - dort wo es sinnvoll ist	36
11.8.1.	Konzentration auf die Pflichtaufgaben.....	36
11.8.2.	Verwaltung und Beteiligungsgesellschaften	37
11.8.3.	Public Private Partnership (PPP) - Öffentlich-Private Partnerschaften	37
11.9.	Zusammenarbeit zwischen den Kommunen stärken.....	37
11.10.	Großstadt Saarbrücken - ursprüngliche. Stadtverbandsidee ausbauen!	37
11.11.	Stärkung der Wirtschaftsförderung in Saarbrücken durch organisatorische Umgestaltung	38
11.12.	Nahversorgung sichern.....	39
11.13.	Verbesserung der Sekundären Rahmenbedingungen zur Standortprofilierung	39

1. Einleitung und Erläuterungen

1. Einleitung und Erläuterungen

1.1. Rechtliche Stellung der Gemeinden

Im föderalistischen System der Bundesrepublik Deutschland sind die Gemeinden nach Bund und Ländern die unterste Ebene in dem dreistufigen Verwaltungsaufbau. Sie haben im Rahmen der Selbstverwaltung eigene Zuständigkeiten und eine eigene Finanzwirtschaft. Staatsrechtlich gehören sie aber zur Ebene der Länder. Die Landtage bestimmen die Kommunalverfassungen und die Gemeindegrenzen. Bund und Land weisen ihnen Aufgaben zu und entscheiden, welche Finanzmittel ihnen zustehen. Die Landesregierungen üben die Aufsicht über die Gemeindeverwaltungen aus. Die Kommunen haben keine Vertretung mit weit reichenden verfassungsrechtlichen Mitwirkungsbefugnissen, wie sie die Länder im Bundesrat besitzen.

1.2. Aufgaben der Gemeinden

Aus dieser rechtlichen Stellung der Kommunen folgt, dass sie eigene Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung und Aufgaben im Auftrag von Bund und Land wahrnehmen.

1.3. Eigene Aufgaben

Eigene Aufgaben sind die ursprünglichen Angelegenheiten einer jeden Gemeinde; sie gehören zum "eigenen Wirkungskreis". Hier mischt sich der Staat nicht in die Ausführung ein, er gibt keine Weisungen.

1.4. Übertragene Aufgaben

Die Gemeinden haben aber auch Aufgaben zu erfüllen, die ihnen der Staat überträgt. Der Staat bedient sich der Behördenorganisation der Gemeinden und überwacht mittels Weisungen die Ausführung, damit sie überall im Lande einheitlich erfolgt.

1.5. Freiwillige Aufgaben

Freiwillige Aufgaben erfüllt eine Gemeinde nach eigenem Ermessen und nach ihren finanziellen Möglichkeiten. Sie entscheidet, ob sie ein neues Schwimmbad baut, neue Busse anschafft, ein Heimatmuseum einrichtet, welche Zuschüsse kulturelle Einrichtungen, kulturelle Projekte und die örtlichen Vereine etc. erhalten.

1.6. Pflichtaufgaben

Pflichtaufgaben ohne Weisung sind beispielsweise die Müllabfuhr, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser, der Bau von Kindergärten und Schulen. Der Kommune ist überlassen, wie sie das regelt. Zunehmend werden diese Aufgaben privaten Unternehmen übertragen.

Pflichtaufgaben nach Weisung müssen von der Gemeinde nach staatlichen Vorgaben erledigt werden; dazu gehören die Auszahlung von Sozialhilfe oder Wohngeld, die Bereitstellung von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz, die Durchführung von Gemeindewahlen.



1. Einleitung und Erläuterungen

1.7. Staatliche Auftragsangelegenheiten

Staatliche Auftragsangelegenheiten führt die Kommunalverwaltung für ihren Bereich als unterste staatliche Behörde aus, zum Beispiel eine Volkszählung, die Erfassung der Wehrpflichtigen, die Durchführung der Bundestags- und Landtagswahlen.

2. Leitlinien liberaler Kommunalpolitik für Saarbrücken

2. Leitlinien liberaler Kommunalpolitik für Saarbrücken

Bürger und Kommune sind eng miteinander verbunden. Vor Ort entwickelt sich die bürgerliche Gesellschaft, die wir fördern wollen. Der einzelne Bürger steht bei uns an erster Stelle, nicht der Staat. Wir wollen mehr Freiraum für die einzelnen Bürger und keinen bevormundenden Staat, der alle Lebensbereiche reglementiert. Die Kommune ist der ideale Ort für bürgerschaftliches Engagement: liberale Kommunalpolitik will mehr Bürgerbeteiligung. Wir wollen eine Stärkung der lokalen Demokratie und der Bürgergesellschaft, da der Bürger für uns kein lästiger Bedenkenträger ist, sondern im Mittelpunkt unserer Politik steht.

Die FDP Saarbrücken will ein starkes und handlungsfähiges Saarbrücken, dessen Selbstverwaltung nicht durch Bund und Land eingeschränkt wird. Unsere Kommunalpolitik steht für effizientes Wirtschaften und einen sparsamen Umgang mit Ihren Steuergeldern. Die FDP sorgt für solide Finanzen und niedrige Steuern und Abgaben. Dies ist das Fundament für eine handlungsfähige Kommunalpolitik, die gestalten kann, ohne die Bürger und den Mittelstand weiter zu belasten.

Wir Liberale wollen mehr Management und weniger Verwaltung. Wir wollen mehr Dienstleistungsmentalität im Rathaus und weniger Kirchturmdenken. Gerade in Zeiten knapper Kassen und auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist mehr Kooperation der Kommunen dringend notwendig. Privat geht vor Staat - gerade auch kommunal. Wir brauchen dringend neue Freiräume, um liebens- und lebenswerte Kommunen zu schaffen, mit denen sich die Bürger identifizieren können. Wir wollen optimale Bildungschancen in jeder Kommune und eine stärkere Förderung von Familien und Kindern. Alle lokalen Entscheidungen müssen auch mit Hinblick auf den demographischen Wandel gefällt werden. Unsere kommunalpolitischen Entscheidungen müssen finanziell und ökologisch nachhaltig sein. Nur eine intakte Umwelt sichert das hohe Maß an Lebensqualität, das wir für unsere saarländischen Kommunen wollen.

2.1. Liberale Bürgergesellschaft vor Ort

2.1.1. Die Kommune ist der Ort für bürgerschaftliches Engagement.

Unter dem Titel "Wiesbadener Grundsätze für die liberale Bürgergesellschaft" hat die Freie Demokratische Partei ein Grundsatzprogramm vorgelegt, in dem sie sich zur Verantwortungsgesellschaft bekennt. Für Liberale ist das Engagement der Bürger das tragende Element eines freiheitlichen und demokratischen Staates und einer mitmenschlichen Gesellschaft. Diesem Engagement soll in allen Lebensbereichen mehr Geltung verschafft werden.

Nirgendwo wird dies so deutlich wie bei der demokratischen Regelung der örtlichen Angelegenheiten, der Kommunalpolitik. Hier ist die Möglichkeit des Einzelnen, seinen unmittelbaren Lebensraum, seine Lebensbedingungen und seine Lebensqualität selbst mitzugestalten, am ehesten und deutlichsten zu erkennen und zu erfahren. Nirgendwo sonst ist für den Einzelnen die Betroffenheit so unmittelbar, der Einfluss so groß und das Ergebnis politischen Engagements so gut sichtbar.

Die Gemeinde ist der Ort für bürgerschaftliches Engagement im Sinne der liberalen Verantwortungsgesellschaft.

2. Leitlinien liberaler Kommunalpolitik für Saarbrücken

2.1.2. Liberale fördern Mitwirkungsmöglichkeiten - Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Liberale begrüßen und fördern die Beteiligung des Einzelnen und von Bürgergruppen in ihren verschiedenen Ausdrucksformen an der Gestaltung und Umsetzung kommunalpolitischer Ziele und Aufgaben.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide als Elemente unmittelbarer Demokratie sind seit ihrer Einführung im Saarland auf große Resonanz gestoßen. Dies zeigt, dass die Bürger an kommunalen Themen durchaus interessiert sind und über die Kommunalwahl hinaus bei Entscheidungen von Sachfragen mitbestimmen wollen. Durch erfolgreiche Bürgerbegehren sind Ratsentscheidungen nicht nur in großer Breite öffentlich diskutiert, sondern im Ergebnis auch korrigiert worden.

Damit zwingt dieses Instrument selbst bei klaren Mehrheitsverhältnissen im Rat alle Parteien und Fraktionen, auf die Ansichten und Wünsche der Bürger einzugehen. Es ist gleichzeitig eine Möglichkeit, über das einzelne Thema hinaus mehr Bürger zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen.

2.1.3. Transparenz muss selbstverständlich sein

Für liberale Kommunalpolitik ist Transparenz wesentlich. Dazu gehört die generelle Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen, sowie die Ausweitung von Bürgersprechstunden. Ein Rede- und Anhörungsrecht für Bürger ist für uns selbstverständlich.

Kommunen sind regelmäßig an Planungsverbänden und Zweckverbänden beteiligt, in denen für die Bürger weit reichende Entscheidungen gefällt werden. Liberale fordern daher regelmäßig Informationen und Diskussionen in den Bezirksräten, im Stadtrat sowie im Regionalverband in möglichst öffentlichen Sitzungen vor und nach Gremiensitzungen dieser Verbände, insbesondere hinsichtlich von Entscheidungen.

Kommunalwahl ist Persönlichkeitswahl. In diesem Sinn fordert die FDP Saarbrücken nachdrücklich die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens, wie sie in anderen Bundesländern längst praktiziert wird. Eine entsprechende Regelung ist im Saarland überfällig und sollte durch die Landesregierung schnellstmöglich eingeführt werden.

2.1.4. Hare-Niemeyer Verfahren für Stadtrat und Ausschüsse

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern und auch zur Bundestags- und Europawahl zählt bei der Kommunalwahl nicht das Hare-Niemeyer-Auszählverfahren, sondern d´Hondt. Die Freien Demokraten lehnen d´Hondt als Auszählverfahren ab, da es große Parteien unverhältnismäßig bevorzugt. Das Hare-Niemeyer-Verfahren verhält sich neutral in Bezug auf die Größe der Parteien, da der Stimmanteil (Prozentsatz der eigenen Stimmen von der Gesamtstimmenzahl) gleich dem Sitzanteil (Prozentsatz der eigenen Sitze von der Gesamtsitzzahl) ist. Damit gewährleistet es die Einhaltung des Grundsatzes der gleichen Wahl.

Die FDP Saarbrücken fordert zudem, alle Räte und Ausschüsse von kommunalen Gremien sowie Aufsichtsräte der kommunalen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren zu besetzen.

2. Leitlinien liberaler Kommunalpolitik für Saarbrücken

2.1.5. Wahlrecht ab 16 und Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer

Die Politikverdrossenheit insbesondere bei jungen Menschen wollen die Freien Demokraten effektiv bekämpfen. Man kann mit 16 Jahren Mitglied einer Partei werden, aber noch nicht wählen. Wir wollen jungen Leuten die Möglichkeit geben, an Entscheidungen in ihrem unmittelbaren Umfeld vor Ort teilzuhaben. Das Minderjährigenwahlrecht ist ein wichtiger Ansatz für eine lebendigere Demokratie – so kann man auch den radikalen Parteien entgegenreten.

EU - Ausländer haben bei Kommunalwahlen ein Wahlrecht. Um die Integration und die politische Teilhabe von Nicht-EU-Ausländern zu verbessern, sprechen sich die Freien Demokraten für ein Wahlrecht von Nicht-EU-Ausländern bei den saarländischen Kommunalwahlen aus. So soll z. B. das kommunale Wahlrecht nicht mehr von der Staatsangehörigkeit, sondern von der Gemeindezugehörigkeit abhängen: Nach fünf Jahren rechtmäßigem Aufenthalt in Deutschland sollen Ausländer das aktive und passive Wahlrecht in der Gemeinde erhalten.

2.1.6. Subsidiaritätsprinzip und Konnexitätsprinzip stärken

Subsidiarität heißt, dass eine gesellschaftliche oder staatliche Aufgabe soweit wie möglich von der jeweils unteren (kleinsten) Einheit wahrgenommen wird. Dies bedeutet für die FDP Saar, dass die Kommunen ein höchstmögliches Maß an Entscheidungsbefugnissen wieder bekommen müssen. Erst wenn sie diese Aufgabe nicht hinreichend erfüllen können, soll die nächst höhere Einheit sie wahrnehmen. Kommunen sollen übrigens auch nur dort regelnd und helfend eingreifen, wo dies die Daseinsfürsorge für den Bürger unbedingt erfordert und kein privates und bürgerschaftliches Engagement möglich ist. Auch hier gilt für uns Liberale: Privat geht vor Staat!

Das Konnexitätsprinzip heißt im Grundsatz: „Wer bestellt, bezahlt.“ Staatliche Aufgaben- und die Ausgabenverantwortung sollen durch das Konnexitätsprinzip miteinander verknüpft werden. Bisher fordern Bund und Land von den Kommunen Leistungen ein, ohne diese dabei finanziell zu unterstützen. Hier muß es eine Neuregelung eines fairen finanziellen Ausgleichs geben.

3. Sozial- und Gesundheitspolitik

3. Sozial- und Gesundheitspolitik

3.1. Soziale Verantwortung in der Gemeinde

Auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen müssen die Kommunen ihre Aufgabe, die Würde der ihnen anvertrauten Menschen durch gezielte Hilfen zu schützen, durch eine engagierte Sozialpolitik erfüllen. Dies erfordert eine Konzentration auf das Wesentliche, um gerade dort helfen zu können, wo die Betroffenen dazu selbst nicht in der Lage sind.

Bei der Erfüllung sozialer Aufgaben ist dem privaten Engagement - wo immer möglich - der Vorzug vor öffentlicher Trägerschaft zu geben. Liberale unterstützen deshalb besonders Nachbarschaftshilfen, Betreuungsvereine, soziale Netze, Eigeninitiativen und Selbsthilfegruppen.

3.1.1. Für eine offensive Gestaltung des demographisch bedingten gesellschaftlichen Wandels

Der demographische Wandel verändert Saarbrücken. Unsere Bevölkerung wird zunehmend älter, in den meisten Stadtteilen sinkt die Einwohnerzahl, gleichzeitig steigt der Anteil zugewanderter Mitbürger. Die FDP tritt dafür ein, dem gesellschaftlichen Wandel offensiv zu begegnen und seine Chancen und Risiken als wesentliche Querschnittsaufgabe zu begreifen, die nahezu alle Bereiche unserer Politik vor Ort betrifft. Die Landeshauptstadt braucht tragfähige Handlungskonzepte, die alle Beteiligten einbinden und zu einem gesamtstrategischen Ansatz führen. Die FDP will, dass zukünftig alle kommunalpolitischen Entscheidungen in Saarbrücken dahingehend überprüft werden, ob sie der demographischen Entwicklung gerecht werden („Demographie-Check“). Zudem braucht Saarbrücken klare Handlungsprioritäten. Nur wenn wir in die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien investieren, sind wir dauerhaft zukunftsfähig. Dafür brauchen wir zielgruppenorientierte und angemessene Angebote für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ein attraktives Bildungsangebot, das unseren regionalen Begebenheiten gerecht wird.

Saarbrücken muß endlich Familienstadt werden.

3.1.2. Generationengerechtigkeit stärken - Seniorenbedürfnisse berücksichtigen

Durch die aktuelle demographische Entwicklung wird die Anzahl älterer Mitbürger erheblich ansteigen. Die Landeshauptstadt Saarbrücken muss sich auf diese Veränderung der Altersstruktur der Einwohner einstellen und entsprechend planen. Senioren spielen zukünftig in Saarbrücken eine noch größere Rolle als zuvor. Die FDP fordert einerseits die Interessen und Bedürfnisse der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger stärker zu berücksichtigen und ihnen andererseits neue Chancen zu ermöglichen, wie sie sich für unsere Gesellschaft vor Ort engagieren können. Die FDP will einen stärkeren Generationendialog, in dem die Jungen von dem Wissen der Älteren profitieren und umgekehrt die Jüngeren die Älteren in ihrem Alltag unterstützen. Seniorenpolitik wird heute noch zu sehr aus der Perspektive möglicher Benachteiligungen oder Pflegebedürftigkeit formuliert. Natürlich müssen diese Aspekte auch weiterhin Berücksichtigung finden, doch sind ältere Menschen heute selbstbewusster, engagierter und mobiler denn je. Zudem verfügen sie überwiegend über eine hohe Kaufkraft und sind ein großes Potenzial für unsere Stadt. Die FDP will dieses Potenzial nutzen, um mit einer seniorengerechten Planungspolitik ihren Mobilitäts-, Wohn- und Freizeitbedürfnissen gerecht zu werden. Generationenübergreifende Projekte wie etwa das Mehrgenerationenwohnen sollten aus Sicht der Liberalen gefördert werden.

3. Sozial- und Gesundheitspolitik

Nachhaltige Kommunalpolitik muss nicht nur den Interessen der jungen Generation gerecht werden, sondern bei allen Entscheidungen auch den steigenden Anteil älterer Mitbürger berücksichtigen, insbesondere in Fragen der Infrastruktur.

Nur durch ein Zusammenwirken der Kommune, professioneller Dienste und einer zunehmenden Anzahl ehrenamtlicher Helfer in der Gemeinde werden diese sozialen Aufgaben in der Zukunft lösbar werden. Wir Liberale wollen deshalb einen "Kommunalplan für die Behinderten- und Altenhilfe", der in Zusammenwirken mit allen sozialen Institutionen und Initiativen eine Bestandsaufnahme vornimmt und Handlungsanleitungen für die Kommune entwickelt.

Moderne Seniorenpolitik bedeutet für die Liberalen ein hohes Maß an selbstbestimmter Lebensführung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt staatlicher Fürsorge. Unsere Gesellschaft muss Senioren mehr Möglichkeiten geben, sich aktiv im gesellschaftlichen Leben einzubringen. Seniorenbeiräte sind ein Instrument, die Belange von Senioren bei den kommunalpolitischen Entscheidungen stärker zu berücksichtigen. Die Saarbrücker Liberalen unterstützen daher die Arbeit des auf Initiative der FDP gegründeten Seniorenbeirates.

3.1.3. Generationengerechtigkeit stärken - Kinder und Familien fördern

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft jeden gesellschaftlichen Zusammenlebens. Daher liegt ihre Entwicklung und Förderung der FDP besonders am Herzen.

In einer Gesellschaft, in der sich das traditionelle Familienbild immer mehr verändert und es mehr und mehr Alleinerziehende gibt oder oftmals beide Elternteile einer Familie erwerbstätig sind, muss sich die Gesellschaft den Herausforderungen der Zeit stellen. Aus diesem Grund setzt sich die FDP Saarbrücken für einen Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten und ein funktionierendes Netz von Kindergärten, Kinderkrippen, Tagesmüttern und alternativen Kinderbetreuungsmöglichkeiten ein.

Saarbrücken muss alle Möglichkeiten und Finanzhilfen, die im Rahmen der Förderung zum Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten gewährt werden, ausschöpfen.

Die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen müssen weiter flexibilisiert werden, auch und vor allem in den Tagesrand- und Ferienzeiten. Dies bedeutet, dass sich Öffnungszeiten an die Arbeitszeit anlehnen, ggf. sind sie auszudehnen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Erwerbstätige oder Erwerbswillige wegen unflexibler Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen ihren Beruf nicht oder nicht in gewünschtem Maße ausüben können.

Betriebe sollen zur Einrichtung von Betriebskindergärten ermuntert werden. Hier sollten die städtischen Gesellschaften eine Vorbildfunktion einnehmen. Die FDP Saarbrücken strebt an, durch gemeinsame Trägerschaften, Betriebskindergärten mit Vorbildcharakter einzurichten.

Ein gesundes und ausgewogenes Ernährungsangebot ist für die FDP Saarbrücken bei allen Einrichtungen selbstverständlich.

Um Jugendlichen die Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Zusammenleben nahe zu bringen und sie auch an den politischen Willensbildungsprozess heranzuführen, sind alle Möglichkeiten der Beteiligung von Jugendlichen auszuschöpfen. Aus diesem Grund hat sich die FDP Saarbrücken für die Einrichtung eines Jugendparlamentes stark gemacht und es auch durchgesetzt. Bei der Umsetzung der Einrichtung des Jugendparlamentes muss darauf geachtet werden, dass eine echte Beteiligung

3. Sozial- und Gesundheitspolitik

von Jugendlichen am gesellschaftlichen und politischen Leben in unserer Stadt erreicht wird, daher fordert die FDP Saarbrücken ein Rede-, Antrags- und Informationsrecht für die Jugend-Parlamentarier. Eine Legitimation des Jugendparlamentes muss durch demokratisch organisierte Wahlen gewährleistet werden.

Die Aufrechterhaltung und der bedarfsgerechte Ausbau von Erziehungs-, Familien- und Schwangerenberatung ist für die FDP Saarbrücken unverzichtbare Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Familienpolitik.

Der Entwicklung, dass immer mehr Menschen dem Saarland und Saarbrücken den Rücken kehren und die Bevölkerungszahl in Saarbrücken rückläufig ist, muss entgegen gewirkt werden, daher muss der Wohnungsbau für junge Familien verstärkt gefördert werden. So unterstützt die FDP Saarbrücken Maßnahmen, welche beim Verkauf von Grundstücken in der Landeshauptstadt Saarbrücken Familien stärker entgegenkommen; sie setzt sich auch dafür ein, dass Familien bei privat genutzten und von der Stadt getätigten Grundstücksverkäufen bessere Konditionen erhalten.

3.1.4. Menschen mit Behinderung in unserer Stadt

In der liberalen Bürgergesellschaft haben alle Einwohner die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen. Es ist daher das Ziel der FDP, bestehende Barrieren und Diskriminierung abzubauen sowie notwendige Hilfe zur Integration und Selbstbestimmung zu gewähren.

Einrichtungen für Behinderte, insbesondere Behindertenwerkstätten, sind zu fördern, den ÖPNV in Saarbrücken gilt es behindertengerecht einzurichten und fortzuentwickeln.

3.1.5. Migration und Integration

Die FDP Saarbrücken begrüßt ausdrücklich die Anwesenheit von Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt, welche über keinen deutschen Pass verfügen, denn die liberale Bürgergesellschaft lebt von ihrer Vielfalt. Die FDP Saarbrücken hebt besonders die tragende Rolle der Migranten als Teil des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Saarbrücken hervor. Die FDP setzt auf Prinzipien der Integration und Partizipation und lehnt die Bildung von Teilgesellschaften ab. Wer dauerhaft Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland sucht, soll Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten sein und dazu befähigt werden, am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jeder einzelne Mensch mit Migrationshintergrund muss gefördert, aber auch gefordert werden, Verantwortung für sich selbst und seine Familie zu übernehmen. Für den Aufbau einer liberalen, offenen und pluralistischen Gesellschaft ist das erste Mittel der Integration die Sprache. Zudem muss verdeutlicht werden, dass die Werte des Grundgesetzes und die in den vergangenen vierzig Jahren von Liberalen erkämpften Freiheitsrechte unabhängig von Herkunft, Tradition oder Glaubenszugehörigkeit unbedingte Gültigkeit besitzen. Gleichzeitig muss die Aufnahmegesellschaft eine stärkere Willkommenskultur etablieren und neuen Zuwanderern, aber auch bereits lange hier lebenden Migrantinnen und Migranten das eindeutige Signal geben, dass sie ein ebenbürtiger Teil der Gesellschaft sind.

Die FDP Saarbrücken fordert daher verstärkt integrative Maßnahmen der Stadt Saarbrücken wie berufliche Weiterqualifizierung und auch Sprachkurse für unsere ausländischen Mitbürger. Auf diese Weise kann auch wirksam einer Ghettoisierung und Bildung von Subkulturen entgegengewirkt

3. Sozial- und Gesundheitspolitik

werden, wodurch offene und liberale Strukturen unsere Gesellschaft dauerhaft gestärkt werden würden.

3.1.6. Qualifizierter Mietspiegel für Saarbrücken

Der Stadtverwaltung liegt auf Initiative der FDP der Auftrag zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels für Saarbrücken vor. Nur aus einer Übersicht über die ortsübliche Vergleichsmiete, lassen sich Zahlen für die Berechnung von Unterkunftskosten für Empfänger von Sozialleistungen seriös festsetzen.

Darüber hinaus ist ein Mietspiegel für Saarbrücken sinnvoll, da unsere Stadt als Universitätsstadt ständig im Blickfeld von wohnungssuchenden Studenten steht.

3.1.7. Zukunftsorientierte und praxisgerechte Gesundheitspolitik: Stärkung und langfristige Sicherung der Leistungen des Winterberg-Klinikums

Durch die Entscheidungen in der Gesundheitspolitik auf Bundesebene müssen viele Krankenhäuser, aber auch viele niedergelassene Ärzte um ihre Existenz kämpfen. Durch diese Entwicklung ist die bislang wohnortnahe und hochqualifizierte medizinische Versorgung der Bevölkerung in vielen Gebieten konkret gefährdet.

Die FDP fordert eine ambulante, menschliche, wohnortnahe, zeitgemäße Gesundheitsgrundversorgung in freien Arztpraxen.

Die FDP Saarbrücken begrüßt die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbfähigkeit seines städtischen Krankenhauses. Die solide wirtschaftliche Grundlage des Winterbergklinikums wurde erst kürzlich durch ein Gutachten, welches auf Initiative der FDP-Stadtratsfraktion erstellt wurde, festgestellt. Jetzt gilt es aber, diese Leistungsfähigkeit langfristig zu sichern.

Die FDP Saarbrücken tritt vor diesem Hintergrund zur Stärkung und langfristigen Sicherung des Winterberg-Klinikums ein für eine:

- Verstärkte Kooperation mit anderen Krankenhäusern in der Region, insbesondere zur Bildung von fachlichen Schwerpunkten und zur besseren Ausnutzung medizinischer Großgeräte
- Verstärkte Kooperation mit der niedergelassenen Ärzteschaft zur Ausnutzung von Synergieeffekten zwischen niedergelassenen Ärzten und dem kommunalen Krankenhaus, beispielsweise die Förderung von vernetzten Praxisstrukturen, auch unter Einbeziehung der anderen Krankenhäuser.

Krankenhäuser der Maximalversorgung müssen dem Anspruch der Hochleistungsmedizin gerecht sein und gleichzeitig unter mehr marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Sinnvolle Kooperationen im Sinne einer qualitativen Versorgung der Patienten auch mit privaten Einrichtungen sollten kein Tabu sein. Insgesamt muss sich die saarländische Krankenhauslandschaft auf den zunehmenden Wettbewerbsdruck einstellen, der jedoch bei entsprechender Positionierung für Saarbrücken als Oberzentrum große Chancen bietet, sich als Gesundheitsstandort zu profilieren.

3. Sozial- und Gesundheitspolitik

3.1.8. Drogenhilfezentrum (DHZ)

Drogenabhängigen Menschen muss geholfen werden. Sie brauchen eine Anlaufstelle zur Hilfe und Bekämpfung ihrer Sucht. Daher spricht sich die FDP Saarbrücken für den Erhalt des Drogenhilfezentrums in der Brauerstraße aus.

Jedoch ist es nicht hinnehmbar, dass Bürgerinnen und Bürger, welche im Umfeld des DHZs ihren Lebensmittelpunkt haben, zugemutet wird, dass sie Prostitution, Drogenhandel und die damit verbundene Kleinkriminalität erdulden müssen. Unerträglich war auch der Zustand, dass sich die Anrainer (Nachbarkreise und Städte in Luxemburg, Frankreich und aus dem süd-westdeutschen Raum) aus ihrer Verantwortung gestohlen haben und oftmals kein ausreichendes Leistungs- und Betreuungsangebot aufrechterhalten haben. Stattdessen gab es einen „Drogenhilfetourismus“ nach Saarbrücken, was zu einer Entlastung in den Nachbarstädten, in Saarbrücken aber zu unerträglichen Zuständen vor Ort führte. Es muss sichergestellt sein, dass sich eine solche Situation nicht wieder einstellt.

Auf Initiativen der FDP ist es gelungen, die Probleme im Umfeld des Drogenhilfezentrums zu beseitigen. Der dort gewachsene „Drogenstrich“ konnte durch das Aufstellen so genannter „Verrichtungsboxen“ am HELA und eine erhöhte Polizeipräsenz beseitigt bzw. aus der Wohngegend verbannt werden, die Wohnqualität der Anwohner vor Ort konnte dadurch wieder verbessert bzw. normalisiert werden. Die Kleinkriminalität ist durch diese Maßnahmen ebenfalls eingedämmt und auf ein durchschnittliches Maß reduziert worden.

Es ist sicherzustellen, dass die Leistungen des DHZ weiter angeboten werden können und gleichzeitig die Belastung der Anwohner so gering wie möglich gehalten wird.

3.2. Ehrenamt stärken

Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Ehrenamt. Ohne dieses Engagement wäre unsere Gesellschaft vor Ort gar nicht lebensfähig.

Um die herausragende Arbeit von Vereinen, Verbänden und Initiativen in der Landeshauptstadt weiterhin zu unterstützen, tritt die FDP dafür ein, dass dort, wo ehrenamtliche Arbeit stattfindet, dieses Engagement gefördert wird.

Gerade die Kommunalpolitik lebt vom Mitmachen. Vor Ort können die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Beitrag wesentlich zur Verbesserung ihres Lebensumfeldes und ihrer Lebensqualität beitragen. Die FDP Saarbrücken lädt daher dazu ein, aktiv in der Bürgergesellschaft, aber auch in unserer Partei mitzuwirken. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort möchten die Liberalen eine lebendige und zukunftsorientierte Politik für Saarbrücken gestalten.

4. Schule und Weiterbildung

4. Schule und Weiterbildung

Bildung ist die grundlegende Voraussetzung für die Zukunft unserer Kinder, die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und damit auch unserer Stadt in einer globalisierten Welt.

4.1. Leistung, Kreativität und Wettbewerb

Ziel liberaler Bildungspolitik ist die Bereitstellung bestmöglicher Bildungseinrichtungen in einer angemessenen sächlichen und personellen Ausstattung. Der Regionalverband Saarbrücken muss als Sachaufwands- und Schulträger die notwendigen Investitionen für leistungsfähige Schulen aufbringen.

4.2. Kindergärten und Grundschulen

Bildung fängt im Kindergarten an. So kann Kindern schon sehr früh spielerisch Wissen vermittelt werden.

Kinder mit mangelnder Sprachkompetenz müssen bereits im Kindergarten stärker gefördert werden.

Um den Kindern in den Kindertagesstätten den bestmöglichen Start in ihre Ausbildung geben zu können, fordert die FDP Saarbrücken auch eine stärker qualifizierte Ausbildung für die Kindererzieher/innen. Nur durch bestmöglich ausgebildetes Betreuungspersonal wird eine optimale Förderung unserer Kinder erreicht.

Auch die Grundschulen gilt es besser auszubauen, da auch hier ein Grundstein für die Entwicklung, Bildung und Förderung unserer Kinder und damit für unsere Zukunft gelegt wird.

Die FDP Saarbrücken setzt sich für eine verbesserte Ausstattung der Grundschulen, insbesondere im technischen Bereich, ein. Die Grundschulen müssen den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden. Hierzu gehört auch die energetische Sanierung des Gebäudebestands. Die Stadt hat hierbei eine Vorbildfunktion und muss sicherstellen, dass sich Kinder und Jugendliche frühestmöglich mit dem Gedanken des Energiesparens und der nachhaltigen Lebensführung auseinandersetzen.

Die FDP Saarbrücken vertritt die Auffassung, dass Kindern gleich welchen sozialen Hintergrundes die bestmöglichen Ausbildungsvoraussetzungen gegeben werden müssen. Alle Kinder müssen die gleiche Chance und die gleichen Startmöglichkeiten für ihre berufliche Zukunft erhalten. Daher strebt die FDP Saarbrücken an, im Saarland flächendeckend bis zum vierten Schuljahr Ganztageschulen einzurichten.

4.3. Kreativer Wettbewerb unter den Schulen

Liberale setzen sich für eigenständige Schulen und mehr Wettbewerb unter den Schulen ein. Im sachlich-finanziellen Bereich sollen die Schulen Pro-Kopf-Pauschalzuweisungen erhalten. Bei der Zuweisung und Besetzung von Lehrerstellen will die FDP den Schulen schrittweise mehr Entscheidungsrechte zugestehen.

Autonomie im Rahmen staatlicher Vorgaben ermöglicht Profilbildung in allen Schularten. Nur eine solche Vielfalt wird den unterschiedlichen Begabungen der Schüler und Wünschen der Eltern ge-

4. Schule und Weiterbildung

recht. An der Entwicklung und Ausgestaltung der Schulprofile wirken Schulleitung, Lehrer, Schüler und Eltern mit. So sichert Wettbewerb ein Angebot, das dem sozialen Umfeld, den unterschiedlichen Begabungen und individuellen Entwicklungen entspricht.

Die PISA-Studien haben gezeigt, dass die bisherige Form des Unterrichts nicht ausreicht. Über die Unterrichtszeit hinaus muss daher in Form von Ganztagschulen, Tagesheimen, Horten oder in Zusammenarbeit mit freien Trägern der Jugendhilfe überall dort, wo es gewünscht und gebraucht wird, qualifizierte Betreuung angeboten werden.

4.4. Durchlässigkeit zwischen allen Schularten

Im Hinblick auf die Notwendigkeit lebenslangen Lernens fordern Liberale die Durchlässigkeit zwischen allen Schularten und anderen Bildungseinrichtungen. Das Aus- und Weiterbildungsangebot von privaten Trägern soll gefördert, nicht behindert werden; diese sind in der Lage schnell auf neue Anforderungen zu reagieren und haben ihre Innovationskraft und Kreativität immer wieder bewiesen.

Die FDP versteht unter Bildung nicht nur die Fähigkeit, Sachverhalte und Informationen zu sammeln, sondern sie auch einzuordnen und zu hinterfragen, um sich daraus ein eigenständiges Urteil bilden zu können. Die FDP Saarbrücken setzt sich dafür ein, dass dieses so konkretisierte Bildungsziel besser verwirklicht werden kann.

Die wohnortnahe Schule ist unerlässlich, um den unmittelbaren Bezug zum Wohnort zu erhalten, jedoch soll die starre Einteilung in Schulbezirke aus Sicht der FDP zukünftig flexibler gehandhabt werden.

4.5. Mehrsprachigkeit fördern

Angesichts der zunehmenden Globalisierung sollte die mehrsprachige Erziehung vom Kindergarten bis zur Schule durchgängig und flächendeckend verstärkt werden. Methoden wie das Immersionslernen sollten in allen Kindergärten realisiert werden. Die Kinder tauchen dabei zeitweise in die neue Sprache ein. Die neue Sprache ist Umgangssprache und Arbeitssprache, auch wenn die Kinder sie zu Beginn nicht kennen. Sie erschließen sich die neue Sprache selbst aus dem Zusammenhang, in dem sie gebraucht wird.

Zur Umsetzung dieser Ziele muss die Ausbildung der ErzieherInnen sowie der GrundschullehrerInnen optimiert werden. Die Voraussetzung hierfür müsste die Landesregierung schaffen.

4.6. Medienkompetenz fördern

Schon in der Grundschule muss die Medienkompetenz der Kinder gefördert und pädagogisch eingebunden werden. Dies erreichen wir durch eine bessere, zeitgemäße Grundausstattung mit Hard- und Software. Zugleich bedarf es entsprechend ausgebildeten Lehrpersonals und ausreichender Systembetreuung.

5. Umweltbewusst leben und arbeiten in Saarbrücken

5. Umweltbewusst leben und arbeiten in Saarbrücken

5.1. Umwelt erhalten und Mobilität ausbauen

Hohe Lebensqualität braucht eine gesunde und intakte Umwelt. Lebensqualität im Großraum Saarbrücken macht gerade auch die Verknüpfung urbaner und ländlicher Räume aus. Urbanität und landschaftliche Vielfalt ergänzen sich – Mobilität schafft die notwendigen Verbindungen.

Die FDP will die Umweltqualität in der Innenstadt und natürliche Lebensgrundlagen in den Stadtteilen bewahren und weiterentwickeln.

Die FDP Saarbrücken vertritt daher eine Umweltpolitik, die sich am Menschen und seiner Identifikation mit seiner Umgebung orientiert. Ein umweltgerechtes Verhalten aufgrund eigener Einsicht und eigenen Verantwortungsbewusstseins bringt langfristig mehr als Verbotspolitik, wie etwa die so genannten Umweltzonen. Deshalb setzt die FDP auf persönliche Verantwortung und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Privatunternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern. Verbraucher müssen als mündige Marktteilnehmer gestärkt und nicht bevormundet werden. Stattdessen müssen Verbraucher Zugang zu Informationen über Produkte und Dienstleistungen haben, um selbst einordnen zu können, was ihren Interessen und Bedürfnissen entspricht.

Um Saarbrücken lebendig zu gestalten, brauchen wir eine attraktive Infrastruktur, die unser kulturelles und soziales Erbe bewahrt und weiterentwickelt und die Mobilität schafft, um die Angebote des Arbeits- und Freizeitens optimal nutzen zu können. Mobilität ist von großer Bedeutung sowohl für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger als auch für die Leistungsfähigkeit von Unternehmen. Verkehrspolitik muss neben dem Mobilitätsbedürfnis der Bürger auch den Aspekt der Sicherheit und des schonenden Umgangs mit unseren natürlichen Ressourcen berücksichtigen. Daher setzt sich die FDP für ein Miteinander von motorisiertem Individualverkehr, öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), Fahrradfahrern und Fußgängern ein.

In Zeiten zunehmender Belastung durch Lärm, Abgase und Stress kommt dem innerörtlichen Lebensraum eine zunehmende Bedeutung zu. Liberale treten deshalb für starke Orts- und Stadtteile ein, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren können.

Der gestiegenen ökologischen Sensibilität der Bürger müssen sich die Stadt- und Regionalverbandsverwaltung stellen und etwaige Defizite ausgleichen. Deshalb sollen sie, wie bereits zahlreiche Betriebe, moderne Management-Systeme für Umwelt und Qualität einführen.

Bei der Erstellung von Bebauungs- und Grünordnungsplänen will die FDP die Möglichkeiten für moderne, energiesparende Bauweisen erleichtern. Der Nachverdichtung innerhalb geschlossener Ortsteile ist der Vorrang zu geben vor einer weiteren Zersiedelung im Außenbereich.

Zur Erhaltung und Verbesserung des Stadtklimas und zur Enthaltung des insgesamt grünen Stadtbildes in Saarbrücken dürfen die angelegten Grünflächen und die „grünen Hügel“ Saarbrückens, insbesondere auch aus ökologischen Gründen, nicht zugebaut werden. Die Grünflächen sind entsprechend zu pflegen.

Für alle Bebauungspläne sind im Parallelverfahren Grünordnungspläne zu erstellen und auch auszuführen.

5. Umweltbewusst leben und arbeiten in Saarbrücken

Der Bürgerpark in Saarbrücken muss für die Bürgerinnen und Bürger so gestaltet werden, dass er endlich angenommen wird und eine ähnliche Anziehungskraft ausübt wie die Stadenanlagen am St. Johanner Saarufer.

5.2. Abschaffung des Gelben Sacks

Das System des Gelben Sacks ist gescheitert. In Saarbrücken ist die händische Trennung von Restmüll und Kunststoffen nicht nur kontraproduktiv, sondern auch in höchstem Maße störend für das Stadtbild, durch die rechtswidrige „Lagerung“ der Gelben Säcke auf den Straßen.

Saarbrücken sollte über „Gelb in Grau“, die sog. Zebratonne, nachdenken. Das heißt, die Trennung erfolgt maschinell und ergibt ökologisch bessere Ergebnisse und zugleich weniger Aufwand für den Bürger!

5.3. Einführung der Zebratonne

Die FDP Saarbrücken fordert: Neue Wege bei der Müllentsorgung!

Um mittel- und langfristig die Gebühren für die Abfallentsorgung stabil zu halten, tritt die FDP Saarbrücken dafür ein, das derzeitige Abfallkonzept zu überarbeiten. Nicht pseudo-ökologische Ideologien wie beispielsweise die Müllverwiegung werden zu der gewünschten Kostenreduzierung führen. Die FDP Saarbrücken will stattdessen die Abfalltrennung zugunsten einer Entlastung der Haushalte vereinfachen. Aus Sicht der FDP macht das getrennte Sammeln von Verpackungsmüll langfristig keinen Sinn mehr, deshalb sollte auch das System „Gelber Sack“ abgeschafft werden.

Automatisierte Sortieranlagen können mehr Wertstoffe gewinnen als beim bisherigen Trennen per Hand. Denkbar wäre beispielsweise, den Rest- und Verpackungsmüll von vornherein in einer gemeinsamen Tonne zu erfassen (sog. Zebratonne), um dann mit Hilfe automatischer Sortier- und Trenntechnik in einer an die Sammlung anschließenden Sortierung eine höhere Verwertungsquote zu erreichen.

5.4. Blaue Tonne

Auf Initiative der FDP wurde im Stadtgebiet die sog. „Blaue Tonne“ zur Entsorgung der häuslichen Papier- und Kartonagereste eingeführt. Dieses Entsorgungsgefäß ist für die Bürgerinnen und Bürger kostenfrei und sichert über die erzielbaren Gewinne der Papiervermarktung sogar noch eine Entlastung bei den Abfallgebühren. Die Blauen Tonnen sind schnellstmöglich flächendeckend einzuführen.

5.5. Einfache und sichere Abfallentsorgung - keine Müllverwiegung in Saarbrücken!

Unsere politische Priorität sollte zuerst die Senkung der Gesamtkosten sein. Erst im zweiten Schritt wollen wir über eine "gerechte" Verteilung sprechen.

Angesichts des extrem hohen Fixkostenanteils an den Müllgebühren ist es schwer, "verursachergerechte" Müllgebühren zu erreichen. Dies wird uns aber immer wieder durch die Verfechter der Müllverwiegung vorgegaukelt.

5. Umweltbewusst leben und arbeiten in Saarbrücken

Wie würden die Gebühren aussehen, wenn alle Fixkosten gleichmäßig auf jeden angeschlossenen Haushalt verteilt würden und nur die variablen Kosten nach dem Verursacherprinzip verteilt würden? Dies wird ansatzweise in vielen Großstädten so gehandhabt. Der Anspruch des Gesetzes, dass die Müllgebühren einen Anreiz zur Mülltrennung geben sollten, ist nur dann darzustellen, wenn die Fixkosten der Vorhaltung von Entsorgungseinrichtungen (wie beispielsweise der Verbrennungsanlagen) auch nach dem Volumen oder Gewicht verteilt werden. Dies ist aber auch nicht „gerecht“!

Die für die Entsorgung entscheidenden Parameter sind schwer verursachergerecht messbar.

5.6. Ziele der Entsorgungspolitik

Die FDP Saarbrücken glaubt, dass die Ziele einer einfachen, kostengünstigen und bürgerfreundlichen Entsorgungspolitik mittels folgender Punkte erreicht werden können:

- Ausschreibung der Entsorgungsbezirke auf Zeit
- Vereinfachung der Stoffströme und damit verbunden Optimierung von Größen- und Auslastungseffekten (ggf. durch Marktkonsolidierung und neue Wettbewerber wie expandierende heute z. T. kommunale Unternehmen)
- Optimierung der Energieausbeute und ggf. Anreize, die bei der Sortenreinheit von "Wertstoffen" die Qualität und damit den "Wert" vor die Quantität bringen.

Die Verwiegung wird daher in Saarbrücken von der FDP abgelehnt, weil begründeter Anlass zur Sorge besteht, dass der Abfall dann von zu vielen Menschen anders entsorgt wird.

Wir haben bereits heute das Problem des "littering" (Umweltverschmutzung, Vermüllung des Stadtbildes, möglicher Anstieg des Abfallaufkommens in Nachbargemeinden, möglicher Anstieg des Abfallaufkommens in städtischen Entsorgungsgefäßen (Bushaltestellen, Mülleimer in der Innenstadt, Containerstandplätze, etc.)). Dies alles läuft unserem Ziel entgegen, Saarbrücken sauberer und attraktiver zu machen!

In Gemeinden, wo die "soziale Kontrolle" noch besser funktioniert, mag dieses Argument weniger ziehen - in größeren Städten wie Saarbrücken gilt dies leider nicht!

Die FDP Saarbrücken hält daher das Volumen für ebenso gut geeignet, Müllgebühren festzusetzen wie das Gewicht, sofern das Mindestvolumen pro Kopf an die Entwicklung der Müllmengen und -zusammensetzung regelmäßig angepasst wird und dennoch so bemessen ist, dass die unerfreuliche Entsorgung in unseren Grünflächen, Straßen und Plätzen möglichst verringert wird.

Die Müllverwiegung gaukelt uns nur vor, eine echte verursachergerechte Gebühr erheben zu können. Zusätzlich kommt eine wenig bürgerfreundliche Technik zum Einsatz, welche nochmals über die notwendigen Investitionskosten den Fixkostenanteil der Gebühren steigen lassen könnte. In Mehrfamilienhäusern, im Innenstadtbereich, etc. müssten beispielsweise pro Abrechnungseinheit einzelne Tonnen mit Schloss aufgestellt werden, bzw. Großtonnen mit einer entsprechenden „Wiege/Müllschleuse“.

Eine Verrechnung nach Gewicht ist nicht unbedingt wirtschaftlicher, als eine Verrechnung nach Volumen. Vor allem die Umrüstung der Fahrzeuge und die Kosten für die Zentrale führen zu höheren Investitionskosten. Den Bürgern wird also zusätzlicher Aufwand (sowohl gebührenrechtlich als

5. Umweltbewusst leben und arbeiten in Saarbrücken

auch vom Ablauf im Alltag) aufgebürdet, man erreicht aber letztendlich keine verursachergerechte und soziale Gebührenerhebung.

Anstatt über parteipolitische Ideologien zu streiten, sollte die Politik über einfache, bürgerfreundliche Lösungen diskutieren!

5.7. Feinstaubbelastung

Die Feinstaubbelastung ist vielerorts ein zunehmendes Problem. Ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Russpartikelfilter bei kommunalen Fahrzeugen, der Ausbau der Erdgasflotte und weniger Durchgangsverkehr in den Ortskernen sind nur drei Beispiele, wie dem Problem begegnet werden kann.

Einzelne Straßensperrungen verlagern das Problem meist nur. Solche Placebo-Politik lehnt die FDP ab. Wichtig sind integrierte Antworten, die vor allem über die Gemeindegrenzen und eine enge Kirchturm-Politik hinausgehen müssen.

5.8. Energie sparen, erneuerbare Energien ausbauen

Mit mehr als 1400 Sonnenstunden jährlich ist der Standort Saarbrücken für Photovoltaik geeignet. Um dem Klimawandel entgegenzuwirken und mehr energiepolitische Unabhängigkeit zu haben, muss der Anteil erneuerbarer Energien - wie von der EU beschlossen - schnellstmöglich auf 20 % gesteigert werden. Die Landeshauptstadt muss hier Vorreiter sein. Insbesondere kommunale Immobilien sollten für Photovoltaik-Anlagen genutzt werden. Auch der Ausbau der Kraft Wärme Kopplung muss kommunal weiter forciert werden. Zudem müssen kommunale Gebäude energetisch saniert werden - hierbei wären vorrangig Schulen zu sanieren, auch um in einer Art Vorbildfunktion schon den Kleinsten die Idee der erneuerbaren Energien näher zu bringen. Die Bewirtschaftung von Hallen, Schulen und Kindergärten wird auf diese Weise umweltfreundlicher und langfristig auch erheblich billiger. Dies hilft nicht nur dem Klimaschutz, es ist auch ein Förderungsprogramm für den Mittelstand und das lokale Gewerbe. Neben dem Konjunkturprogramm müssen weiterhin Bundes- und Landesprogramme in diesem Sinne genutzt und ausgebaut werden.

5.9. Kommunale Betriebe und erneuerbare Energien

Kommunale Eigenbetriebe und Eigengesellschaften müssen verstärkt auf erneuerbare Energien setzen. Busse, die neu angeschafft werden, müssen in besonderem Maße umweltfreundlichen Maßstäben gerecht werden, die Saarbrücker Erdgasbusflotte ist ein erster Weg dorthin. Bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge müssen Verbrauch und Schadstoff-Ausstoß im Mittelpunkt stehen. Auch in der Energieversorgung kann Saarbrücken umweltpolitische Akzente setzen. Eine flächendeckende Versorgung mit Energiesparlampen spart Energie, schont die Umwelt und den kommunalen Haushalt.

6. Liberale Bau - und Verkehrspolitik in Saarbrücken

6. Liberale Bau - und Verkehrspolitik in Saarbrücken

6.1. Gleichwertige Entwicklung von ÖPNV und Individualverkehr

Lebendigkeit und Lebensqualität zusammen mit dem Wunsch der Bürger nach Mobilität stehen im Mittelpunkt kommunaler Verkehrspolitik. Dies muss mit den Zielen der Stadt- und Gemeindeentwicklung, der Verkehrssicherheit, dem Umweltschutz und der Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der Innenstadtgeschäfte in Einklang gebracht werden.

Dabei gilt das Grundbedürfnis der Bürger für persönliche Mobilität ausdrücklich auch für den Individualverkehr.

Oberstes Prinzip und Basis für Kompromisse in der Verkehrspolitik ist: Vorrang für den Bürger!

6.2. Intelligente Technik

Liberaler fordern intelligente Verkehrsleit- und Parkraum-Nutzungssysteme, durch die Städte besser erreichbar werden und wieder mehr Kaufkraft in attraktiven Stadtkernen binden können. Innerstädtische Ein- und Ausfallstraßen müssen dem Verkehrsfluss gewachsen bleiben.

In Wohngebieten und in der Umgebung von Kindergärten, Schulen, Altenheimen und anderen sozialen Einrichtungen ist Tempo 30 zugunsten der Sicherheit einzuführen.

6.3. Lärm zurückdrängen

Der Lärm, der von den verkehrssammelnden Hauptstraßen (wie Autobahnen, Umgehungsstraßen, Einfallstraßen) ausgeht, muss mit wirksamen Mitteln gemindert werden; dazu gehören Schallschutzwände, Flüsterasphalt und Geschwindigkeitskontrollen.

6.4. ÖPNV fördern

Der ÖPNV muss konsequent gefördert werden. Aber auch öffentliche Verkehrsleistungen müssen Wettbewerbskonditionen unterworfen werden und nach wirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten. An den Kunden orientiert ist eine ständige Verbesserung der Qualität anzustreben, vor allem und unbedingt ein transparentes, verständliches und preisgünstiges Tarifsysteem. Dadurch kann der steigende Anteil des Berufs- und Ausbildungs- und Einkaufsverkehrs auch zügiger abgewickelt werden. Zur weiteren Optimierung und Flexibilisierung des ÖPNV sollen:

- Gebiete am Stadtrand besser angebunden werden
- Arbeits-, Einkaufs-, Behörden- und insbesondere Schulzeiten stärker entzerrt werden
- öffentliche Parkräume so organisiert sein, dass eine zweckfremde Dauernutzung nicht möglich ist

Auf den ÖPNV-Strecken in den Außenbereichen und eher ländlich geprägten Stadtteilen ist der flexible Einsatz von Transportmitteln entsprechend dem Aufkommen zu planen. Der Einsatz kleinerer Busse und Anrufsammeltaxis mit festem Fahrplan ist oftmals kostengünstiger und ermöglicht damit auch eine dichtere Taktfolge.

6. Liberale Bau - und Verkehrspolitik in Saarbrücken

Der ÖPNV kann ohne Zuschüsse der Gemeinden nicht finanziert werden. Dies muss aber im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Kommunen bleiben.

Die Gemeinden im Umland, speziell die Gemeinden des Regionalverbandes müssen sich stärker an der Finanzierung des ÖPNV beteiligen. Es ist eine für Saarbrücken untragbare Situation, dass diese Gemeinden teilweise durch Bereitstellung billigen Baulandes die Abwanderung aus Saarbrücken fördern, die Landeshauptstadt aber weiterhin die Arbeitsplätze und auch die Infrastruktur stellt.

6.5. Gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer

Die FDP Saarbrücken will, dass Fußgänger, Radfahrer, der Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und der Individualverkehr (IV) miteinander auskommen. Daher widersetzt sich die FDP jeder ideologisch begründeten Bevormundung der einen oder anderen Gruppe.

Für den Fußgängerverkehr fordern die Liberalen die Schaffung weiterer fußläufiger Verbindungen, insbesondere in Neubaugebieten, und - soweit möglich - auch in der Innenstadt. Viele Bürgersteige und Treppenanlagen sind endlich in einen verkehrssicheren Zustand zu versetzen.

Das Radwegenetz in den Seitentälern ist mit dem Radwegenetz an der Saar besser zu verknüpfen. Unnötige selbstständige Radwege sind schon aus Kostengründen und manchmal auch aus Gründen einer vorgegaukelten Verkehrssicherheit nicht anzulegen. Kombinationen zwischen Rad- und Fußgängerbereichen sind zu vermeiden, der „optischen“ Abtrennung von Radwegen auf der Fahrbahn ist der Vorzug zu geben.

6.6. Attraktivitätssteigerung der Innenstadt als Standortförderung

Städtebaulich gab es in den letzten 30 Jahren in Saarbrücken keine Bewegung. Attraktives Wohnen im Zentrum der Stadt ist kaum möglich. Die Verkehrssituation unbefriedigend.

Hinzu kommt, dass das „Image“ Saarbrücken bundesweit belastet ist. Saarbrücken ist eine liebes- und lebenswerte Stadt, deren Charme sich für Nicht-Saarbrücker jedoch oft erst auf den zweiten Blick erschließt. Wer Saarbrücken keinen zweiten Blick gönnt, handelt nach dem Motto: „Ich will dort nicht bleiben, und wer dort bleiben will, war noch nie dort weg!“.

Der Zuzug - vor allem hoch-qualifizierter Arbeitnehmer - wird hierdurch erschwert.

Diese mangelnde Attraktivität der Stadt wird für Saarbrücker Firmen immer mehr zu einem massiven Standortnachteil. Saarbrücker Firmen stehen bundes- und weltweit im Wettbewerb um hochqualifiziertes Personal. Die fehlende Attraktivität der Innenstadt wirkt dabei abschreckend auf viele Bewerber, so dass diese sich oftmals für andere Standorte entscheiden. Hiermit wird eine Abwärts-spirale ausgelöst, da gerade die Qualifizierten Saarbrücken den Rücken kehren, was wiederum zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage führt. Saarbrücken kann sich nicht mit Standorten wie Paris, München oder Köln messen. Jedoch müssen die Stärken der Landeshauptstadt im Wettbewerb mit anderen Standorten stärker herausgearbeitet werden.

6. Liberale Bau - und Verkehrspolitik in Saarbrücken

6.7. Vordringliche verkehrspolitische Maßnahmen für Saarbrücken

Für den Individualverkehr ist ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwickeln. Daher fordern die Saarbrücker Liberalen die Umsetzung folgender, vordringlicher Maßnahmen, wobei die Finanzierung - soweit als möglich - mit Hilfe von EU, Bund und Land sicherzustellen ist:

- Sicherstellung des Verkehrsflusses während der Bauphase des Großprojekts „Stadtmitte am Fluss“. Ein zweiter „Fall Kaiserstraße“ muss unbedingt vermieden werden
- Bau der schon lange geplanten Nordumfahrung mit dem Ziel der Verkehrsberuhigung der gesamten Innenstadt
- Einrichtung zusätzlicher Parkplätze für Kurzparker am Bahnhofsvorplatz
- A1-Verschwenkung zur Grülingstraße zur Entlastung der Stadtteile Malstatt und Burbach auch im Hinblick auf die zu schaffenden Parkplatzflächen am neuen ICE/TGV Bahnhof in der Nähe des Rodenhofes
- Herausnahme des LKW-Durchgangsverkehrs aus den Wohngebieten von Alt-Saarbrücken und St. Arnual durch Schaffung eines Vollanschlusses an die BAB 620 in Höhe der Saarmesse oder durch Schaffung des sog. Metzger Tunnels (Verlängerung der Abfahrt Westspange, Untertunnelung der Metzger Straße von der Vorstadtstraße bis etwa Ende des deutsch-französischen Gartens)
- Verbesserung der Straßen- und Autobahnanbindung des Gewerbegebietes auf den Burbacher Saarterrassen durch eine Brücke über die Saar
- Erhaltung des Beethovenplatzes als ebenerdiger, offener, kundenfreundlicher und einnahmestarker Parkplatz in der Innenstadt
- Weitere Verbesserung der Verknüpfung von Saarbahn mit dem Bus- und Individualverkehr sowie schnellstmögliche Anbindung von Malstatt, Burbach, Dudweiler und der Universität an das Saarbahnnetz
- Bessere Anbindung anderer Verkehrsmittel an die Saarbahn durch Schaffung zusätzlicher Park-and-ride-Plätze an den Verknüpfungspunkten z.B. Brebach, Kleinblittersdorf
- Versorgung der Saarbahnhaltestellen auf den Strecken der früheren Bundesbahn mit Anzeigetafeln und Schaffung von niveaugleichen Bahnsteigzugängen, um gehbehinderten Menschen den Zugang zur Haltestelle zu ermöglichen
- Bereitstellung von ausreichend günstigem Parkraum; daher auch keine weitere Verpachtung von öffentlichen Parkflächen an den Monopolisten Q-Park
- Erhalt des Dudoplatzes als durch die Landeshauptstadt bewirtschafteter Parkraum
- Ausbau des Saarbahnnetzes, Anbindung des Universitätscampus und Dudweiler an die Saarbahn.

7. Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt

7. Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt

Eine liberale Bürgergesellschaft braucht Freiheit zur Entfaltung, ebenso aber auch konsequenten Schutz vor Gewalt, Kriminalität, Belästigung und Unsicherheit.

7.1. Vorrang für Prävention

Am wichtigsten ist aus der Sicht der Liberalen eine langfristig angelegte Sozial- und Präventionsarbeit. Die Kommunen müssen personell und sachlich in die Lage versetzt werden, der zunehmenden Gewaltbereitschaft Jugendlicher durch geeignete Einrichtungen und Projekte dauerhaft entgegenzuwirken. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Zuschüsse für Jugendarbeit und Präventivmaßnahmen nicht weiter zu kürzen, sondern aufzustocken. Statt in kurzatmigen Aktionismus, z.B. Parteienverbote, zu flüchten, sollten der Bund und das Saarland die Kommunen bei wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der wachsenden Gewaltbereitschaft unterstützen.

Kommunen und das Saarland müssen sich dazu noch viel besser koordinieren. Durch die getrennten Verantwortlichkeiten im Sozial-, Bildungs- und Polizeibereich sind erhebliche Reibungsverluste und Lücken entstanden. Beispielsweise sind Erzieher an Schulen nach Auffassung des Saarlands dem Sozialbereich zugeordnet und damit Sache der Kommunen, während diese es als Teil der Schulpädagogik betrachten, womit der Kostenträger das Land wäre.

Weit im Vorfeld müssen die Kommunen der Entwicklung von sozialen Brennpunkten z.B. durch die Förderung von Nachbarschaftshilfen und von Einrichtungen der Gemeinwesen- und Jugendarbeit entgegenwirken und versuchen, schon mit dem Mittel der Bauleitplanung der Entstehung solcher Konfliktsituationen vorzubeugen.

Liberaler treten dafür ein, dass die Städte und Gemeinden in gegenseitiger Unterstützung mit der Polizei dazu kreative Konzepte entwickeln.

7.2. Präsenz statt Wegsehen

Die FDP will weg von der "Unkultur des Wegsehens" und eine "Kultur des Hinsehens und des Bemerkens", eine Kultur der "mitmenschlichen Zuwendung" bewirken. Viel zu lange hat es unsere Gesellschaft geduldet, dass Minderheiten missachtet wurden und sich links- und rechtsradikale Gewalt etablieren konnte.

Liberaler treten dafür ein, dass die finanzielle Unterstützung von örtlichen Initiativen Priorität hat und die Saarbrücker Stadtverwaltung und die Landesregierung ihren Verpflichtungen nachkommt.

Die FDP Saarbrücken stellt weiterhin folgende Forderungen:

7.2.1. Jährlicher Kriminalitätsbericht

Die Stadt Saarbrücken hat jährlich einen detaillierten Bericht über die Kriminalitätsentwicklung vorzulegen. Dieser soll insbesondere eine Auflistung der Straftaten insgesamt sowie die stadtteilbezogene Verteilung beinhalten. Auf diese Weise kann schon früh auf regionale Fehlentwicklungen durch sicherheitspolitische Maßnahmen, z.B. verstärkte Polizeipräsenz vor Ort, reagiert werden.

7. Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt

7.2.2. Tourismus ja - Drogentourismus nein

Saarbrücken entwickelt sich zu einer „Drogenhochburg“ über die Grenzen hinaus. Vor allem die Saaranlagen müssen geschützt werden, da sich dort auch gerne Familien mit Kindern in ihrer Freizeit aufhalten.

In Gegenden, die als Dealertreffs bekannt sind, muss durch stärkere Polizeipräsenz vor allem während der Dunkelheit und unter Ausschöpfung aller gesetzlichen Befugnisse, der Drogenkriminalität Einhalt geboten werden.

7.2.3. Mehr Kontaktpolizisten statt weniger Bürgerrechte

Sicherheit ist ein elementares Bedürfnis der Bevölkerung und auch ein Stück Freiheit. Die Freiheit der Bürger sowie der Schutz von Eigentum, Leib und Leben sind elementare Staatsaufgaben. Öffentliche Sicherheit ist ein hohes Gut und auch ein Stück Lebensqualität. Die Polizei vor Ort ist unerlässlich für unsere Sicherheit in Saarbrücken. Wir wollen weniger bürokratische Belastungen für die Polizei und mehr Präsenz auf den Straßen. Wir wollen nicht ständig schärfere Gesetze, sondern mehr Personal und eine bessere Ausstattung der Polizei, um für mehr Sicherheit zu sorgen.

Die FDP spricht sich auch für einen verstärkten Einsatz von Kontaktpolizisten (sog. „Kops“) vor Ort aus. Jeder Kontaktpolizist soll seinen festen regionalen Zuständigkeitsbereich haben, in dem er durch Präsenz in der Öffentlichkeit tätig wird; er soll für die Bürgerinnen und Bürger jeden Alters vor Ort der Ansprechpartner sein, zu dem sie Vertrauen haben können. Die Anwesenheit von Kontaktpolizisten stärkt unmittelbar das subjektive Sicherheitsempfinden. Daneben ist seine Präsenz ein wichtiges Mittel der Prävention und somit auch ein wichtiges Element zur Bekämpfung und Verhinderung von Kriminalität zum Zeitpunkt des Entstehens.

7.2.4. Schutz vor Vandalismus und Belästigung

Dem zunehmenden Vandalismus muss Einhalt geboten werden. Die Androhung strafrechtlicher Sanktionen allein genügt nicht. Der oft anzutreffenden Gleichgültigkeit, mit der manche Bürgerinnen und Bürger dem öffentlichen Vandalismus gegenüberstehen, kann nur durch eine Änderung des Bewusstseins durch Stärkung der Verantwortung für das Gemeinwohl entgegengewirkt werden.

7.3. Sauberkeit als Visitenkarte - daher konsequente Ahndung von Ordnungswidrigkeiten

Die Stadt muss sauberer werden. Es genügt nicht, die Bürgerinnen und Bürger zu mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum anzuhalten. Gerade auch die Einfallstraßen, die auswärtigen Besucherinnen und Besuchern einen ersten Eindruck unserer Stadt vermitteln, sollten ein gepflegtes Erscheinungsbild abgeben.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die städtischen „Hilfspolizisten“ nicht nur zur Überwachung von Falschparkern, sondern aufgrund eines zu erlassenden Bußgeldkatalogs auch für die Verfolgung anderer Ordnungswidrigkeiten - wie dies bereits in anderen bundesdeutschen Städten praktiziert wird - eingesetzt werden z.B. gegen Müllsünder, gegen rüpelhafte und rücksichtslose Fahrradfah-



7. Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt

rer, gegen Sprayer, bei Verletzung der Anleinplicht bei Hunden, gegen aggressive Bettler, insbesondere in Begleitung von Hunden. Zudem könnte von diesem Ordnungsdienst auch eine rechtzeitige Entleerung sonst ständig überquellender Müllcontainer veranlasst werden, die das Bild unserer Stadt in unerträglicher Weise verschandeln.

Die flächendeckende Überwachung der Containerplätze durch Videokameras lehnt die FDP dagegen strikt ab, da dies dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit widerspricht und dieses Mittel der Bekämpfung von Schwer - und schwerstkrimineller Kriminalität vorbehalten bleiben muss. Auch datenschutzrechtliche Gründe sprechen gegen eine solche Überwachungspraxis.

8. Kulturpolitik: Kultur leben und erleben

8. Kulturpolitik: Kultur leben und erleben

Im Bemühen um mehr Attraktivität und überregionale Strahlkraft darf Saarbrücken auch unter starkem finanziellen Druck keinesfalls auf ein qualitativvolles kulturelles Angebot verzichten. Dabei kommt der Landeshauptstadt zugute, dass die Mehrzahl der kulturellen Einrichtungen mit insgesamt - nämlich die Bereiche Musik, Theater, Bildende Kunst und Museen - in Trägerschaft des Landes, des öffentlichen Rundfunks bzw. des Regionalverbandes sind. Lediglich bei der Stadtgalerie gibt es derzeit eine gemeinsame Trägerschaft von Stadt Saarbrücken und Stiftung Saarländischer Kulturbesitz.

Kultur prägt die Individualität jedes Ortes. Auch in Zeiten knapper Kassen darf Kultur nicht in Frage gestellt werden. Kultur sollte soweit wie möglich bürgerschaftlich organisiert sein. Die FDP begrüßt daher die zahlreichen Vereine und Initiativen in Saarbrücken, die sich durch ihr Engagement zu einem attraktiven kulturellen Leben beitragen. Die FDP fordert auf Bundesebene ein neues attraktiveres Stiftungsrecht, um private Förderung von Kultur zu verbessern. Liberale Kommunalpolitiker werden Kulturtreibende immer unterstützen, da diese elementarer Bestandteil einer liberalen Bürgergesellschaft sind. Insbesondere die musisch-kulturelle Bildung von Jugendlichen ist für Liberale wünschenswert und förderungswürdig.

8.1. Lebendige Kultur lebt von privater Initiative

Kulturpolitik ist mehr als Traditionspflege. Kultur ist mehr als Unterhaltung nach Feierabend. Aus liberalem Verständnis ist Kultur das Zentrum für menschliche Verständigung.

Kulturpolitik in der Gemeinde ist nicht auf das Budget und die Zuständigkeit der für kulturelle Angelegenheiten zuständigen Gremien begrenzt. Die Kulturtreibenden sind in der Regel selbstbewusst genug, um die Gestaltung der Lebensverhältnisse selbst und eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Sie wehren sich im besten liberalen Sinne vor allem gegen staatliche Bevormundung von "oben".

Freie und öffentliche Kultur- und Bildungsinstitute wie auch Vereinigungen und Gruppen leisten hierzu ihren unverzichtbaren Anteil; liberale Politiker treten deshalb stets dafür ein, ihre Existenz und zeitgemäße Entwicklung sicherzustellen. Dazu gehört das Mäzenatentum durch Private und Unternehmen, welches durch ein modernes Stiftungsrecht, wie es von der FDP schon seit langem gefordert wird, begünstigt werden muss.

8.2. Kultur schafft Kommunikation

Kommunikation ist Grundvoraussetzung für ein liberales, offenes und tolerantes Miteinander in der Bürgergesellschaft, auch und speziell in der Beziehung zu unseren Nachbarn Frankreich und Luxemburg. Kultur schafft Kommunikation, Kultur braucht Kommunikation: zwischen Tradiertem und Neuem, zwischen Heimischem und Fremdem, zwischen den Generationen, den verschiedenen Berufsgruppen, den Alteingesessenen und Zuziehenden, über Grenzen hinweg.

Um die Zukunft kulturellen Lebens in der Gemeinde zu sichern, legt die FDP besonderes Gewicht auf die musisch-kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Kultur für Kinder heißt auch, die Bereitschaft zu individuellen Leistungen zu wecken und anzuspornen, sie anzuerkennen und Zeit und Zuwendung sowie Hilfe beim Eintritt als Heranwachsende in eine pluralistische und auf per-

8. Kulturpolitik: Kultur leben und erleben

sönlicher Leistung beruhende Gesellschaft zu ermöglichen. Die FDP Saarbrücken tritt daher ein für die Stabilisierung der musischen Fächer Kunsterziehung, Sport und Musik als durchgängiger Pflichtunterricht in allen Schularten und Jahrgangsstufen.

Liberale Politik sieht die neuen Medien als Chance und Herausforderung, besonders im kulturellen Bereich. Die Bürger/innen müssen auch in der Gemeinde diese Neuen Medien als Kulturtechniken kennen lernen, ihre Möglichkeiten und Gefahren für das eigene Umfeld diskutieren und selbstverantwortlich Ziele setzen. Dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen ist die aktuelle Aufgabe zukunftsgerichteter Kulturpolitik.

8.3. Saarbrücken ist Kulturstadt

Ziel Saarbrücker Kulturpolitik muss es sein, Saarbrücken als lebendige Kulturstadt stärker, auch überregional, ins Gespräch zu bringen.

Neben dem Arbeitsplatzangebot und dem Wohnwert einer Stadt ist der Kulturwert einer Stadt ein wichtiger Standortfaktor. Saarbrücken wird im Wettbewerb mit anderen Städten nur dann bestehen, wenn es u.a. gelingt, vorhandene kulturelle Projekte zu stärken und zugleich neue Akzente zu setzen.

Saarbrücker Kulturpolitik muss sich vor allem auf den Erhalt der kulturellen Infrastruktur konzentrieren, z.B. die gute Ausstattung der Stadtbibliothek, den Ausbau des Angebots der Musikschule, die Förderung der ansässigen Theater- und Musikszene - z.B. des kommunalen Kinos „Filmhaus“ - sowie die stadtteilsbezogene Kulturarbeit und die Heranbildung von künstlerischem Nachwuchs.

Kulturelle Höhepunkte von überregionaler Bedeutung wie das Max-Ophüls-Festival gilt es weiter zu unterstützen. Sie haben Strahl-Charakter und sind ein Aushängeschild für Saarbrücken. Das kommunale Kino Saarbrückens, das Saarbrücker Filmhaus, ist ein wichtiger Bestandteil der Saarbrücker Stadtkultur und muss unbedingt erhalten und ausgebaut werden.

Die Stadtgalerie als zentraler Ort in der Innenstadt muss wieder mehr in die Kulturpolitik der Stadt einbezogen werden. Der Innenhof eignet sich hervorragend für musikalische Veranstaltungen oder als Ausstellungsort.

8.4. Kunst im öffentlichen Raum

Die FDP tritt dafür ein, allen interessierten Bürgern und Gruppen Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen, verbunden mit der Aufforderung, sich noch stärker in die Diskussion mit der Stadt und den Verantwortlichen einzubringen.

Die Bedeutung von Kunst für den öffentlichen Raum als belebendes und gestalterisches Element für unsere Städte und Gemeinden ist groß! Dazu braucht Saarbrücken ein Gesamtkonzept unter Wahrung größtmöglicher individueller Freiräume. Leider wurde in den letzten Jahren diesem Thema oftmals aus Desinteresse, Unkenntnis oder mit dem Verweis auf die leeren städtischen Kassen zu wenig Beachtung geschenkt.

Um der Bedeutung der Kunst im öffentlichen Raum Rechnung zu tragen, hat die FDP-Stadtratsfraktion ab dem Jahr 2007 eine eigene Haushaltsstelle für Kunst im öffentlichen Raum im Investitionshaushalt bereitgestellt. Eine stetige Bereitstellung für die kommenden Jahre muss gesichert werden. Die Förderung der Kunst in Saarbrücken bedeutet nicht nur eine Förderung der Att-

8. Kulturpolitik: Kultur leben und erleben

raktivität der Stadt Saarbrücken, sondern auch eine Aufwertung und Attraktivitätssteigerung für potenzielle Neubürger und Investoren.

8.5. Vierter Pavillon

Der Vierte Pavillon als Erweiterung der Modernen Galerie ist für die FDP Saarbrücken wünschenswert. Mit ihm ist die geplante Kulturmeile aufzuwerten und abzurunden. Der Neubau muß sich architektonisch in die städteplanerische Gesamtkonzeption einfügen.

8.6. Projekt „Jedem Kind sein Instrument“

Musikprojekte (Beispiel „Jedem Kind ein Musikinstrument“), wie sie von der Musikschule in Zusammenarbeit mit den Grundschulen Schritt für Schritt realisiert werden, werden von den Grundschulen stark nachgefragt. Das Erlernen eines Musikinstrumentes fordert und fördert Schlüsselqualifikationen und ist für Kinder von unschätzbarem Wert für ihre gesamte Entwicklung. Es verlangt Übung, Konzentration, das Einhalten von Regeln und führt zu Erfolg bei den schulischen Leistungen. Gemeinsames Musizieren unterstützt zudem die Integration von Kindern unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft. Aus Sicht der FDP muss daher sichergestellt sein, dass alle Grundschul Kinder die Möglichkeit erhalten, ein Musikinstrument zu erlernen. Die Projekte sollen bevorzugt über private Finanzierungsmodelle realisiert und an Grundschulen in sozialen Brennpunkten umgesetzt werden.

8.7. Straßenfeste - ein Stück gelebter saarländischer Kultur

Die Stadt Saarbrücken zeichnet sich durch ihre vielfältigen Feste und Veranstaltungen in der Kernstadt und ihren Stadtteilen aus. Sie sind ein Aushängeschild des „savoir-vivre“-Gefühls und gelebte saarländische Kultur.

Insbesondere das Saarbrücker Altstadtfest, das Saarspektakel und das aus privater Initiative von Kulturschaffenden entstandene „Nauwieser-Fest“ sind von überregionaler Bedeutung und attraktive Aushängeschilder für die Stadt.

Daher unterstützt die FDP Saarbrücken weiterhin Veranstaltungen und Initiativen, welche die Attraktivität der Stadt über die Stadtgrenzen hinaus fördern.

8.8. Bürgerpark

Der so genannte Bürgerpark in Saarbrücken ist als Projekt gescheitert. Die FDP Saarbrücken wird sich massiv dafür einsetzen, dass der Bürgerpark den Status in Saarbrücken bekommt, den er bisher nur durch seinen Namen verspricht. Der Bürgerpark wäre vorzüglich für Veranstaltungen jeglicher Art geeignet, wenn er nicht als abstraktes museales Objekt betrachtet würde, sondern seiner Funktion als öffentlicher Park gerecht werden würde.

Die FDP Saarbrücken fordert hierbei vermehrt Initiativen der Stadtverwaltung, insbesondere des Kulturamts, und privater Unternehmer zur Belebung des Bürgerparks.



8. Kulturpolitik: Kultur leben und erleben

Ziel muss es sein, den Bürgerpark als zentralen Veranstaltungsort auszubauen. Die Stadtverwaltung darf hierbei nicht als Blockierer und Verhinderer privater Ideen und Investitionen auftreten, sondern muss unternehmerische Innovationen begleitend und fördernd unterstützen.

9. Solide Finanzen: Das Gemeindefinanz-Reformkonzept der FDP

9. Solide Finanzen: Das Gemeindefinanz-Reformkonzept der FDP

9.1. Städte und Gemeinden in der Finanzkrise

Unsere Städte und Gemeinden stecken in einer tiefen Finanzkrise. Die Kassen sind leer. Die Folgen spüren wir täglich: Dringende Reparaturen an Krankenhäusern und Schulen werden verschoben. Büchereien, Schwimmbäder, Museen und Theater werden geschlossen. Viele Städte und Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, die grundlegenden Aufgaben für die Menschen vor Ort zu erfüllen. Die kommunale Selbstverwaltung ist dadurch gefährdet. Hauptgrund für die Finanzkrise sind die von der Stadt zu tätigenen Pflichtaufgaben, welche ihr von Bund und Land auferlegt werden und die sie bezahlen muss. Insbesondere die Sozialhilfekosten (HARTZ IV), welche auf Bundesebene festgelegt, aber von den Kommunen bezahlt werden müssen, bringen die Kommunen und wie auch Saarbrücken an den Rand eines finanziellen Kollapses. Nur eine geänderte Gesetzgebung von Bund und Land kann ihnen und auch Saarbrücken wirklich aus der Krise helfen. Die Landeshauptstadt Saarbrücken muss im Verbund mit anderen Kommunen, mit Mandatsträgern und der Öffentlichkeit intensiv daran arbeiten, dass insbesondere in Berlin beschlossene Gesetze und Regelungen, welche höhere Belastungen „nach unten“, auf die Kommunen, nach sich ziehen, auch von den Verantwortlichen übernommen werden (Konnexitätsprinzip).

Die Kommunen benötigen schnelle Hilfe zur Sicherung bzw. Herstellung einer finanziell angemessenen Grundausstattung. Die von SPD und Grünen, aber auch von starken Teilen der CDU geforderte Ausweitung der Gewerbesteuern auf andere selbstständige Berufsgruppen, z. B. Ärzte, Schriftsteller, Rechtsanwälte, Architekten, freie Ingenieure, usw., stellt einen untauglichen und damit falschen Weg dar.

Vielmehr spricht sich die FDP Saarbrücken entschieden für die Abschaffung der innovationshemmenden und ansiedlungsfeindlichen Gewerbesteuer aus!

Die Erhöhung der Grundsteuer ist für die FDP Saarbrücken kein geeignetes Mittel, die defizitäre Haushaltskasse der Stadt Saarbrücken aufzufrischen. Die Grundsteuer betrifft nicht nur die Grundeigentümer, sondern auch die Mieterinnen und Mieter in Saarbrücken, da sie über die Mietkosten umgelegt wird. Den Bürgerinnen und Bürgern von Saarbrücken sind finanzielle Belastungen ohne der Schaffung eines entsprechenden Gegenwerts, beispielsweise durch massive Investitionen in die Infrastruktur, nicht zuzumuten.

9.2. Das „Zwei-Säulen-Modell“ der FDP

Damit unsere Kommunen wieder auf die Beine kommen, muss ihre Finanzausstattung verbessert werden. Die Gewerbesteuer muss ersetzt werden. Die bestehenden Steuereinnahmen müssen neu verteilt werden. Die FDP schlägt ein Modell vor, das aus folgenden beiden Säulen besteht: Die erste Säule - Umsatzsteuer: Bisher bekommen die Gemeinden 2,2 Prozent von der Umsatzsteuer. Als Ersatz für die konjunkturanfällige Gewerbesteuer soll dieser Anteil auf rund 11,5 Prozent erhöht werden. Damit erhalten die Gemeinden eine gute und verlässliche Einnahmequelle. Die Umsatzsteuer soll zudem nach der Zahl der sozial-versicherungspflichtigen Beschäftigtenverhältnisse in der jeweiligen Gemeinde berechnet werden. Das Band zwischen Wirtschaft und Gemeinde wird dadurch nachhaltig gestärkt.

9. Solide Finanzen: Das Gemeindefinanz-Reformkonzept der FDP

Die zweite Säule - Kommunalsteuer: Bisher bekommen die Gemeinden pauschaliert 15 Prozent von der Lohn- und Einkommensteuer. Dieser Anteil soll ersetzt werden durch eine Kommunalsteuer, die wie die Kirchensteuer als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer und auch zur Körperschaftsteuer erhoben wird. Gleichzeitig wird die Einkommensteuer entsprechend gesenkt, so dass im Ganzen keine zusätzlichen Belastungen für die Steuerzahler entstehen. Die Städte und Gemeinden legen die Höhe der Kommunalsteuer selber fest. Die Bürger erfahren dann über ihren Steuerbescheid die Höhe der Kommunalsteuer und wissen damit, wie gut ihre Gemeinde mit ihren Steuern umgeht. Das schafft Transparenz und mehr Anreiz zum sparsamen Umgang mit Steuergeldern.

9.3. „Wer bestellt, muss auch bezahlen!“ (Konnexitätsprinzip)

Ein wichtiger Ausweg aus der Finanzmisere besteht darin, das vorab genannte Konnexitätsprinzip im Grundgesetz zu verankern. Das bedeutet nichts anderes als: „Wer bestellt, muss auch bezahlen.“ Bund und Länder dürfen demnach keine Gesetze erlassen, die die Gemeinden zu Ausgaben verpflichten, wenn sie den Kommunen dafür kein Geld zur Verfügung stellen. Bisher war es oft der Fall, dass vom Bund Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen worden sind, ohne dass ein angemessener finanzieller Ausgleich erfolgte.

9.4. Verbesserung der Ausgabensituation der Gemeinden

9.4.1. Ausgabenproblematik

Die FDP Saarbrücken setzt sich für eine umfassende Überprüfung der Ausgabenseite ein und drängt darauf, dass zukunftssträchtige Ausgaben beispielsweise für die Sanierung der Schulen und Kindergärten Vorrang erhalten. Klientelgeneigte Sonderprogramme und ausgabensträchtige, an verfehlten Ideologien orientierte Projekte sind einzustellen. Oberstes Ziel der FDP Saarbrücken ist der vollständige Schuldenabbau und die Befreiung von der erdrückenden Zins- und Tilgungsbelastung. Dies kann nur in Zusammenarbeit und durch eine geänderte Gesetzgebung von Bund und Land erfolgen. Die Stadt Saarbrücken ist hier gefordert, unbeirrbar an Lösungen durch Gespräche mit Bund und Land unter Einbeziehung seiner Mandatsträger aller Parteien zu arbeiten. Darüber hinaus ist Saarbrücken angehalten, einen kommunalen Entschuldungsplan nicht nur aufzustellen, sondern auch durchzuführen.

9.4.2. Ausgabendisziplin

Die FDP Saarbrücken hält nichts von pauschalen Kürzungen aller Sachausgaben und Sperrungen bei Stellenbesetzungen. Intelligent sparen statt dumm zu kürzen ist unsere Maxime. Die plumpe „Rasenmähermethode“ kann nur als „ultima ratio“ in Frage kommen. Vielmehr sind sämtliche Ausgaben im Zuge einer umfassenden Aufgabenkritik zu hinterfragen und einer Notwendigkeitsprüfung zu unterziehen. Die Ausgabenpolitik muss sich an Notwendigkeiten und nicht an Wunschen orientieren. Wünschenswerte, aber nicht notwendige Ausgaben sind zu streichen. Eine Verteilung von Geldern nach dem Gießkannenprinzip darf es nicht mehr geben. Stattdessen müssen alle Aufgaben einer echten Aufgabenkritik unterzogen werden. Im Zuge dieser vorzunehmenden Aufgabenkritik ist zeitgleich die Restrukturierung und Verschlinkung der Verwaltung voranzutreiben. In einer liberalen Haushaltspolitik hat Sparsamkeit oberste Priorität, auch und gerade bei den Personalausgaben. Der gesamte kommunale Ausgabenapparat muss auf den Prüfstand. Tiefere Neu-

9. Solide Finanzen: Das Gemeindefinanz-Reformkonzept der FDP

verschuldungen gilt es möglichst zu vermeiden und Schulden müssen gezielt abgebaut werden. Hierzu bedarf es keiner Gewerbesteuererhöhungen, denn diese sind langfristig kontraproduktiv und die Einnahmen sind schwer planbar. Stattdessen erwartet liberale Politik eine vorbehaltlose Überprüfung der Verwaltungsstrukturen und der Aufgabenzuordnung innerhalb der Kommunen, um sie den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Dabei muss es insbesondere zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden untereinander kommen. Verwaltungsaufgaben können zusammengefasst werden um Synergieeffekte zu erzielen oder Investitionsprojekte kostengünstiger gemeinsam unternommen werden (z.B. Bau eines gemeinsamen Schwimmbades). Hierbei ist auch zu prüfen, ob ein überörtliches Interesse vorliegt, so dass eine Kooperation der Gemeinden untereinander sinnvoll wäre.

Insgesamt muss die Verwaltung einer konsequenten Strukturreform unterzogen werden. Aber auch bei den Investitionen ist darauf zu achten, dass den Projekten mit direkter und langfristiger Sparwirkung Vorrang gegeben wird.

9.5. Neubau-Finanzierung öffentlich genutzter Gebäude

Die FDP Saarbrücken steht für eine ausreichende Versorgung der Bürger mit Veranstaltungsräumen und Sportstätten!

Jedoch ist eine 100%-Versorgung mit Bürgerhäusern, Schwimmbädern und Kultureinrichtungen in jedem Stadtteil, in der Innenstadt und den Außenbezirken nicht nur auf Grund der Investitionskosten, sondern auch und vor allem auf Grund der Folgekosten heute nicht mehr zeitgemäß und nicht mehr finanzierbar!

Oftmals herrscht sogar eine Überversorgung - auch auf Grund der Gemeinde- und Gebietsreform Anfang der 70er Jahre, wo viele damals noch unabhängigen Gemeinden - übrigens genau entgegen der ursprünglichen Intention dieser Reform, nämlich die kommunale Zusammenarbeit zu fördern! - noch schnell daran gingen, jeder sein eigenes Schwimmbad, jeder sein eigenes Bürgerhaus zu bauen. Hinzu kommt, dass heute - 30 Jahre später - viele dieser Einrichtungen im Auszahlungsbetrieb laufen, ein riesiger Investitionsstau angelaufen ist, die Belegungsquoten seit Jahren meist - auch auf Grund des demographischen Wandels - rückläufig ist und saarlandweit in fast jeder Stadt oder Gemeinde Entscheidungen zu treffen sind, ob solche Einrichtungen geschlossen, saniert oder neu errichtet werden.

Jeder Stadtteil hat bisher oftmals alleine „etwas dahingewurschtelt“, ein echtes Engagement für eine Zusammenarbeit ist nicht erkennbar und ist teilweise den Bürgern auch schwer zu vermitteln.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, fordert die FDP Saarbrücken die Stadtverwaltung auf, einen Masterplan für die flächendeckende Versorgung mit Veranstaltungsräumen und Sportstätten zu erstellen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Neubau dieser öffentlich genutzten Gebäude zu verschärfen.

Der Bau von (Hallen-) Schwimmbädern, Sporthallen oder Kultureinrichtungen, die nur durch Aufnahme von Krediten finanziert werden, soll künftig nur noch dann zulässig sein, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- ein überörtliches Interesse
- Kommunale Zweckverbände zum Betrieb



9. Solide Finanzen: Das Gemeindefinanz-Reformkonzept der FDP

- die interkommunale Finanzierung für Bau und Betrieb.

Heute ist ein rein kreditfinanzierter Neubau solcher Einrichtungen auch im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht mehr zu verantworten!

10. Abgabenlast für die Bürgerinnen und Bürger senken

10. Abgabenlast für die Bürgerinnen und Bürger senken

Sichere und preisgünstige Entsorgungsgebühren sind maßgebliche Standortfaktoren im regionalen und internationalen Wettbewerb. Gerade die Grenznähe zu Frankreich mit seinen vergleichsweise einfachen, unbürokratischen und vor allem billigen Entsorgungsstrukturen hat sich in der Vergangenheit nachteilig für das Saarland ausgewirkt. Die Müll- und Abwassergebühren – im industriellen und gewerblichen Maßstab entscheidende Kostenblöcke – liegen auf einem völlig inakzeptablen Niveau. Vor diesem Hintergrund war die Einführung des Wasser-Cents für Gewerbebetriebe absolut kontraproduktiv und wird von den Liberalen als gezielt wirtschaftsfeindlich abgelehnt.

Die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe (VVS) müssen dem Einfluss der Parteipolitik entzogen werden! Wohin dieser parteipolitisch motivierte Einfluss den Konzern führt, zeigt sich am Beispiel der 2003 durch SPD und CDU beschlossenen sog. Integration des Entsorgungsbereichs in den VVS-Konzern: Schwarze und rote Parteipolitiker wurden versorgt, Gebühren werden steigen und der städtische Haushalt wird zusätzlich belastet.

Die vergleichsweise hohen Entsorgungsgebühren sind hausgemacht! Die durch SPD und CDU beschlossene Überführung der Müllentsorgung zu den Stadtwerken war ein schwerwiegender Fehler, der die Saarbrücker Bürgerinnen und Bürger über erhöhte Gebühren noch teuer zu stehen kommen wird.

Überörtlich muss der EVS nachweisen, dass er kein ineffizientes Behördenmonster ist. Nur wenn der EVS den Aufgaben einer modernen, wirtschaft- und verbraucherfreundlichen Entsorgungspolitik gewachsen ist, hat er weiterhin eine Daseinsberechtigung. Zumindest eine Neuorganisation, unter Umständen auch eine teilweise Privatisierung erscheint unausweichlich, sollte aber - wie in allen anderen Bereichen, in denen die öffentliche Hand als Unternehmenseigentümer auftritt - mit Augenmaß betrieben werden.

11. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

11. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

11.1. Wirtschaft und Finanzen in Saarbrücken

Oberstes Ziel der FDP Saarbrücken ist der vollständige Schuldenabbau und die Befreiung der Kommunalhaushalte von der erdrückenden Zins- und Tilgungsbelastung. Schulden der Gemeinden sind durch intensive Sparmaßnahmen abzubauen. Alle Städte und Gemeinden sowie der Regionalverband werden verpflichtet, einen kommunalen Entschuldungsplan nicht nur aufzustellen, sondern auch durchzuführen.

Geld, das heute für Schuldzinsen gezahlt werden muss, fehlt morgen für Investitionen! Die derzeitige Überschuldung der Landeshauptstadt ist daher eine echte Gefahr für Saarbrücken als Wirtschaftsstandort!

11.2. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

Liberale Reformpolitik wird an Ergebnissen gemessen. Liberale stehen dafür, dass durch eine behutsame, aber konsequente Verwaltungsreform, durch neue Steuerungsmodelle, durch Budgetierung, dezentrale Ressourcenverwaltung, ein professionelles Controlling und eine moderne Kostenrechnung, bürgerfreundliche und effiziente Kommunalverwaltungen geschaffen werden. Liberale decken auf, dass mit theoretischen Konzepten mitunter viel Zeit, Geld und Kapazitäten gebunden werden. Nicht ein formvollendetes "Steuerungsmodell" ist das Ziel, sondern das auf Dauer geänderte Grundverständnis, an jedem Arbeitsplatz einfach Dienstleistungsqualität zu möglichst geringen Kosten zu erbringen. Staatliches und kommunales Handeln muss vom Dienstleistungscharakter geprägt sein.

Liberale Kommunalpolitiker fordern maßvolle Steuerbelastungen und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Kalkulationen der Gebühren wie Müllabfuhr, Straßenreinigung und Abwasser.

11.3. Bedeutung Saarbrückens als Oberzentrum

In den Bereichen Versorgung, Administration, Kultur und Bildung leistet Saarbrücken einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Lebensqualität im Saarland.

Saarbrücken bietet folgende Funktionen als Oberzentrum in der Region:

- Versorgung mit Dingen des alltäglichen Bedarfs sowie ein Angebot an Spezialgeschäften, welches im Umland nur schwierig oder nicht zu finden ist
- Kulturelles Zentrum an der Saar; mit Institutionen wie der Deutsche Radio Philharmonie Saarbrücken Kaiserslautern, einem der hochwertigen A-Klangkörper in Deutschland, dem Staatstheater, den Museen, den Kultur und Filmfestivals und der in Saarbrücken aktiven freien Szene leistet die Landeshauptstadt einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Diversität der Region
- Im Bereich der Gesundheitsversorgung leistet Saarbrücken einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Leistungsangebots für die Bürgerinnen und Bürger, beispielsweise mit dem städtischen Winterbergklinikum als Krankenhaus der Maximalversorgung oder dem Caritas Klinikum Rastpfuhl

11. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

- Die wichtigsten Bildungseinrichtungen (Universität und die verschiedenen Hochschulen) des Landes sind in Saarbrücken konzentriert
- Die Anwesenheit von zentralen Landes- und Kreisbehörden garantiert der Landeshauptstadt eine besondere Stellung innerhalb des Saarlandes als Oberzentrum und Landeshauptstadt; aus saarländischer und speziell Saarbrücker Sicht wäre daher eine Länderneugliederung, wie sie oftmals zur Kosteneinsparung gefordert, nachteilig, da ein Großteil der in Saarbrücken angesiedelten Behörden abgezogen werden würde.

Als wirtschaftliches Oberzentrum des Saarlandes muss Saarbrücken Zukunftsperspektiven für Handel, Gewerbe und Dienstleistungen in enger Zusammenarbeit mit den hier ansässigen Hochschulen entwickeln. Saarbrücken ist auch im Informations- und Medienzeitalter Dreh- und Angelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Saarlandes und steht dabei in Konkurrenz zu Trier, Kaiserslautern, Mannheim, Luxemburg, Nancy und Metz. Gute Rahmenbedingungen vor allem im kommunalen Bereich sind notwendige Voraussetzungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, wirtschaftlichen Wertschöpfung und Eindämmung des Einwohnerschwundes.

Die Bevölkerungsdichte und das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen lassen gesellschaftlich-strukturelle Veränderungen schnell und teils dramatisch deutlich werden. Die Antworten, die Saarbrücken geben muss, um möglichst allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, werden entscheidend sein zur Sicherung des sozialen Friedens.

Die Arbeitsmarktprobleme können nicht durch Schaffung öffentlich bezahlter oder geförderter Arbeitsplätze gelöst werden. Solche subventionierten Arbeitsplätze konkurrieren unfair mit den Arbeitsplätzen freier Unternehmer, vor allem mit Handwerkern und anderen Gewerbetreibenden, die es schwer genug haben. Die Wirtschaftskraft ist das Ergebnis der Anstrengungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den privaten Unternehmen.

Die Stadtverwaltung soll den Rahmen setzen für eine dynamische regionale Wirtschaftsentwicklung durch Stärkung privatwirtschaftlicher Betätigung, Verschlinkung der Verwaltung, sparsame Haushaltsführung, durch effiziente Genehmigungsverfahren, Ausschreibungsverfahren und Dienstleistungen, Deregulierung und Entbürokratisierung. Einfachere Verfahren sind investitionsfreundlich, kosten kein Geld, sondern sparen sogar Arbeitskraft und Geld.

Der Rückzug der Kommunen aus eigenen Wirtschaftsbeteiligungen stärkt oftmals den privaten Wirtschaftssektor. Liberale Wirtschaftspolitik wird deshalb die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen weiter zurückdrängen und Dienstleistungen, die nicht hoheitlich sind bzw. von Privaten besser als die öffentliche Hand erledigt werden können, wieder Privaten zukommen lassen. Wir Liberale in Saarbrücken warnen aber ausdrücklich davor, ideologische Diskussionen um Privatisierungen zu führen. Privat vor Staat gilt für uns immer dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger einen positiven Mehrwert davon haben. Privatisierungen nur der Privatisierung wegen wird es mit uns nicht geben!

11.4. Verwaltung modernisieren und Barrieren abbauen

Mit Hilfe elektronischer Medien können die Stadtverwaltung und Ihre Tochtergesellschaften zu Servicecentern sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Unternehmen werden. Mit bedienungsfreundlichen Internetangeboten können lästige und zeitaufwendige Behördengänge ersetzt werden. Mit diesem sogenannten E-Government kann die Verwaltung zudem in vielen Bereichen effizienter werden und Kosten sparen. Die FDP schlägt vor, Teile der durch E-Government er-

11. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

reichen Einsparungen dazu zu nutzen, um auch die Behördengänge für Nicht-Internetnutzer und dabei insbesondere Senioren bequemer und kundenfreundlicher zu gestalten. Die Liberalen sehen in den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung eine wertvolle Ressource, die stärker genutzt werden muss. Durch verstärktes eigenständiges Arbeiten und Entscheiden sollen sie zusätzlich motiviert werden, zu einem effizienteren Verwaltungsablauf beizutragen. Die Einführung der Doppik, das s.g. „Neue Kommunale Finanzmanagement“ ermöglicht es den Mitarbeitern, durch Budgetverantwortung und Zielvorgaben selbstständig verantwortlich zu arbeiten.

11.5. Kernaufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung

Die Pflege der Unternehmen, die bereits in Gemeinde/Stadt ansässig sind, sollte zukünftig weiter intensiviert werden. Präventive Bestandspflege u. Bestandssicherung sind herausragende Aufgabenfelder zukunftsorientierter Wirtschaftsförderung. Wichtig hierbei ist, dass die Beratung kontinuierlich und kundenorientiert erfolgt. Aus Sicht der FDP Saarbrücken sind die Kernaufgaben der kommunalen Wirtschaftsförderung:

- Flächenvorsorge und Standortplanung
- Sicherung, Betreuung und Entwicklung vorhandener Betriebe
- Förderung der Schaffung neuer Betriebe u. Arbeitsplätze mittels konsequenter Akquise
- Wissens- und Technologietransfer
- Förderung von Qualifizierung und Beschäftigung
- Standortmarketing und Imagebildung.

11.5.1. Ein Ansprechpartner für die Wirtschaft - echte „one-stop-agency“ schaffen

Wir brauchen innerhalb der Verwaltung einen Ansprechpartner für die Wirtschaft, der sich sämtlicher Belange annimmt, diese bündelt und weiterbearbeitet: Wirtschaftsförderung als echte „one-stop-agency“: Die FDP Saarbrücken fordert die konsequente Umsetzung der auf Initiative der FDP eingerichteten „one-stop-agency“, als erste Anlaufstelle für unternehmerische Anfragen und Probleme. Die FDP fordert einen zentralen Ansprechpartner für alle unternehmerischen Anliegen, der die notwendigen Kontakte in die Wege leitet und sich um entsprechende Lösungen kümmert.

Der Strukturwandel in Saarbrücken, weg vom produzierenden Gewerbe hin zu Dienstleistungen, hat zur Folge, dass neue Flächenansprüche durch die Unternehmen gestellt werden. Die Wirtschaftsförderung in Saarbrücken sollte in Zukunft noch enger mit Investoren zusammenarbeiten und auf die Bedürfnisse der Unternehmen noch effektiver eingehen.

11.5.2. Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit reorganisieren

Letztendlich muss die Landeshauptstadt besser „vermarktet“ werden. Die bisher in diesem Bereich tätigen Organisationen der Stadtverwaltung arbeiten nicht effizient, teilweise aneinander vorbei und müssen daher neu organisiert werden. Die Aufgaben von Citymarketing, Stadtmarketing und Amt für Öffentlichkeitsarbeit müssen unter einem Dach gebündelt werden. Die hierzu von Prof. Zentes erarbeiteten Lösungsvorschläge sind aus Sicht der FDP schnellstmöglich umzusetzen. Es ist

11. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

nicht nachvollziehbar, warum die Stadtverwaltung zuerst ein teures Gutachten in Auftrag gibt, später die vorgeschlagenen Lösungen jedoch nicht umsetzt!

11.6. Wirtschaftlicher Strukturwandel – Saarbrücken – Zentrum im Dreiländereck

Im Saarland und im gesamten Saar-Lor-Lux-Bereich muss Saarbrücken der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für eine wachstumsfähige Wirtschaft ist unbedingte Voraussetzung für stabile Einnahmen der Landeshauptstadt und sie fördert die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, schafft soziale Stabilität und mehr Kaufkraft. Eine gezielte Mittelstandsförderung ist für die Innenstadt und die einzelnen Stadtteile mit bürgernahen Einkaufsmöglichkeiten von zentraler Bedeutung. Saarbrücken ist aufgefordert mit den Instrumenten der Stadtplanung und der Wirtschaftsförderung Konzepte zu entwickeln, die der vorhandenen lokalen Wirtschaft positive Zukunftsaussichten bieten und die Ansiedlung neuer Unternehmen fördern. Vor allem liegen nach Auffassung der Liberalen in Saarbrücken große Zukunftschancen in der Förderung von Technologiezentren und Neugründungen von Unternehmen in enger Abstimmung mit Universität und der Hochschule für Technik und Wirtschaft.

Einen geradezu idealen Bereich stellt hier das Gelände des Eurobahnhofs dar, das sich als einladendes „Tor zu Deutschland“ bzw. „Tor zu Frankreich“ darstellen sollte. Zugleich gilt es, die Informationsgesellschaft als Chance auch der lokalen Wirtschaftsförderung zu begreifen. Der Einsatz des E-Governments ist eine wichtige Voraussetzung, Unternehmen aus der IT-Branche einzubinden.

Zum Strukturwandel bedarf es eines Gesamtkonzeptes, das aus einem Verkehrs-, einem Gewerbe-, einem Wohnraum- und einem soziokulturellen Strukturkonzept bestehen muss. Zu diesem Konzept gehört auch, dass Standort, Konzeption und Verkehrsanbindung der Saarmesse modernisiert werden müssen.

Selbstverständlich benötigt Saarbrücken darüber hinaus das Engagement von Seiten der Bürgerinnen und Bürger und der privaten Wirtschaft.

Die Stadtverwaltung muss sich mehr und mehr als Anbieter von Serviceleistungen für Ihre BürgerInnen und UnternehmerInnen verstehen, d.h. unnötige Bürokratie ist abzubauen bzw. Anträge, Auflagen und Genehmigungen auf Ihre Servicefreundlichkeit hin zu überprüfen.

11.7. BID (Business Improvement District) - Partnerschaft zur Attraktivitätssteigerung von Stadtquartieren

Ein Business Improvement District ist eine Partnerschaft zur Attraktivitätssteigerung von Stadtquartieren.

In einem räumlich festgelegten, innerstädtischen Bereich (Quartier), schließen sich Grundstückseigentümer und Gewerbetreibende zusammen, um auf weitgehend freiwilliger Basis zeitlich begrenzte Maßnahmen zur Verbesserung des Umfeldes und der Attraktivität des Bereiches zu finanzieren und durchzuführen.

Aus Sicht der FDP Saarbrücken muss die Stadtverwaltung Rahmenbedingungen schaffen, welche als Ziel ein möglichst unkompliziertes, verpflichtungsfreies Verfahren zur Gründung und zum Betrieb von BIDs sicherstellen sollen.

11. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

In Strassen oder Stadtteilen, wo sich die Hauseigentümer für die Einführung dieser Möglichkeit der Zusammenarbeit eingesetzt haben, sind diese nach Kräften im Sinne einer attraktiven Stadtentwicklung zu unterstützen und andernorts ist die Verwaltung aufgefordert, diese positiven Beispiele zu kommunizieren und Interesse für Nachahmer zu zeigen.

Wenn bei den BIDs auch darauf geachtet wird, dass die finanziellen Belastungen für Einzelne überschaubar bleiben, so werden hier doch Privatleuten bzw. Hauseigentümern und Unternehmern Investitionen abverlangt, die selbstverständlich dann leichter fallen, wenn diese Gruppen an anderer Stelle entlastet werden.

So ist aus liberaler Sicht auf die Abschaffung der Gewerbesteuer hin zu arbeiten und die Möglichkeiten der Senkung der übrigen Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstiger Abgaben zu prüfen (siehe Drei-Säulen-Modell der FDP).

Die FDP Saarbrücken tritt dafür ein, verstärkt BIDs in der Innenstadt und den Randbezirken zu initiieren. Die Stadtverwaltung muss hierbei verstärkt eine Leitfunktion übernehmen und aktiv die Gründung von BIDs fördern.

Eine weitere Möglichkeit, die private Wirtschaft sinnvoll in öffentliche Aufgaben mit einzubinden, sind die so genannten PPP-Modelle (Öffentlich-Private Partnerschaft), bei denen sowohl auf privates Know-how wie auch auf privates Kapital zurückgegriffen wird.

11.8. Privat vor Staat - dort wo es sinnvoll ist

Neben dieser stärkeren Beteiligung von Privaten in Bereichen, in denen sie bisher überhaupt nicht aktiv waren, gibt es die Bereiche, in denen die Stadt mit Ihren Tochtergesellschaften als Mitbewerber der privaten Wirtschaft in Erscheinung tritt. Die Tätigkeit der Landeshauptstadt und Ihrer Eigenbetriebe sind auf kommunale Kernaufgaben zu begrenzen bzw. echte Privatisierung städtischer Tochtergesellschaften vorzunehmen, sobald private Dritte die Aufgaben besser als die öffentliche Hand erledigen können.

Die wesentlichen Aufgaben der Gemeinden liegen im hoheitlichen Bereich. Deshalb lehnen Liberale wirtschaftliche Betätigungen der Gemeinden ab. Gemeinden sollen der Privatwirtschaft keine Konkurrenz machen.

Im Rahmen eines Sozialpaktes kann eine Beteiligung der Landeshauptstadt an privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen Sinn machen, wenn hierdurch Arbeitsplätze in der Region gesichert werden. Hierbei ist jedoch von Anfang an unbedingt ein „Ausstiegsszenario“ mit zu berücksichtigen, so dass sich langfristig keine kommunal wettbewerbsverzerrenden Strukturen entwickeln können.

11.8.1. Konzentration auf die Pflichtaufgaben

Privatisierung muss dort konsequent vorangetrieben werden, wo Marktmechanismen vorhanden sind oder sich entwickeln können, um Wettbewerbsvorteile zu Gunsten unserer Bürger zu erreichen. Privatisierung ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument zur Förderung von Wettbewerb. Dort, wo kein Wettbewerb möglich ist, darf Privatisierung nicht zur Ersetzung eines öffentlichen Monopols durch ein privates Monopol führen. Am Beispiel Q-Park zeigt sich, dass die Schaffung ei-

11. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

nes privaten „Quasi-Monopols“ zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger gereicht und damit auch dem Wirtschaftsstandort Saarbrücken schadet.

Die Privatisierung sensibler Bereiche, speziell in der Versorgung sind kritisch zu prüfen, denn beispielsweise führt eine Privatisierung der Wasserversorgung in der Regel nicht zu mehr Wettbewerb für die Verbraucher. Es ist sicherzustellen, dass die marode Haushaltslage der Landeshauptstadt nicht dazu führt, dass die Stadt u.U. finanziell nicht mehr in der Lage ist die Versorgung der Bürger sicherzustellen

Eine Privatisierung der Sparkasse lehnen die Saarbrücker Liberalen ab, da die Sparkasse ein ureigenstes Instrument der kommunalen Wirtschaftsförderung ist und hier unbedingt der Einfluss der Landeshauptstadt erhalten bleiben muss.

11.8.2. Verwaltung und Beteiligungsgesellschaften

Die Stadt ist auf den unterschiedlichsten Feldern wirtschaftlich tätig und steht damit in direkter Konkurrenz zu ansässigen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben. Das verstößt gegen die elementarsten Grundsätze marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik. Eine solche Tätigkeit löst auch keine Finanzprobleme. Sie taugt noch nicht einmal zum „Notstopfen“ von Haushaltslöchern. Privates Wirtschaften muss Vorrang vor öffentlicher Wirtschaftstätigkeit haben. Daher fordert die FDP, die Tätigkeitsbereiche der Eigenbetriebe der Stadt einzuschränken und - wenn dies sinnvoll ist und zu einer Verbesserung für die BürgerInnen führt - Beteiligungsgesellschaften zu privatisieren.

In die Aufsichtsgremien der öffentlichen Gesellschaften muss in sehr viel stärkerem Maße als bisher Know-how aus der Privatwirtschaft einziehen.

11.8.3. Public Private Partnership (PPP) - Öffentlich-Private Partnerschaften

Außer vollständiger Übertragung von Aufgaben an Private ist aus liberaler Sicht auch an Mischformen öffentlich-privater Aufgabenaufteilung wie bei den s.g. PPP Modellen zu denken. Dabei kommt sowohl die Heranziehung privaten Know-hows für den Betrieb kommunaler Einrichtungen wie die Mobilisierung privaten Kapitals in Betracht.

11.9. Zusammenarbeit zwischen den Kommunen stärken

Wir müssen Grenzen überwinden. Die Zukunft liegt nicht in einem Kräfte verschleißenden Wettbewerb benachbarter Kommunen, sondern in der Schaffung kraftvoller und wettbewerbsfähiger regionaler Strukturen. Mit der teilweise vielleicht kleinkarierten Konkurrenz mit Nachbargemeinden muss Schluss sein. Umgekehrt müssen wir natürlich das Gleiche fordern dürfen.

11.10. Großstadt Saarbrücken - ursprüngliche Stadtverbandsidee ausbauen!

Der Ursprungsgedanke bei Gründung des Stadtverbandes, der Bildung einer echten Großstadt in den heutigen Grenzen des Regionalverbandes, ist zumindest dahingehend weiterzuverfolgen, dass eine engere Kooperation der Städte im heutigen Regionalverband anzustreben ist. Dies würde einerseits die Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen sicherstellen und andererseits zur Stärkung der gesamten Großregion, ja sogar des Saarlandes beitragen.

11. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

11.11. Stärkung der Wirtschaftsförderung in Saarbrücken durch organisatorische Umgestaltung

Die FDP will mittelständische Strukturen bevorzugt fördern, da sich der Mittelstand als langfristiger, zuverlässiger Partner bei der Schaffung von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen erwiesen hat.

Zu den traditionellen Instrumenten der Wirtschaftsförderung gehören die Förderung der Ansiedlung von Betrieben und die Bestandspflege ansässiger Unternehmen. Hierzu ist es notwendig, dass die bestehenden Strukturen der Wirtschaftsförderung in Saarbrücken neu organisiert werden. Dabei gilt es die bestehenden Doppelstrukturen abzubauen, da bisher Ämter und Wirtschaftsförderungsgesellschaft aneinander vorbei arbeiten:

- Bündelung der Aufgaben und Kompetenzen
Zusammenfassung der bisher dem Amt für Wirtschaftsförderung und der GIU GmbH zugewiesenen Aufgaben zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Saarbrücken bei der GIU oder einer anderen zentralen Einrichtung, welche privatwirtschaftlich organisiert werden sollte.
Kommunale Wirtschaftsförderung „aus einer Hand“ durch Neuordnung der Arbeitsprozesse des Amtes für Wirtschaftsförderung und der GIU mit dem Ziel diese miteinander zu vernetzen, um Parallelstrukturen zu vermeiden und Kompetenzen klar zu regeln. Die Berichterstattung sollte direkt an die Oberbürgermeisterin erfolgen.
- Reorganisation der GIU mbH und der GIU FM KG, mit dem Ziel bestehende Strukturen weiter zu nutzen, diese jedoch optimal zu organisieren und zu vernetzen.
- Neuordnung und Konzentration der Aufgaben durch Überführen der bei der GIU GmbH angesiedelten Sparten Immobilien und Flächen zur neuen GIU FM GmbH und damit Konzentration der Aufgaben an dieser Stelle.
- Planungsaufgaben gehören in die Verwaltung
Übertragung der bisher von der GIU GmbH für die Stadt wahrgenommenen Planungsaufgaben auf das Saarbrücker Baudezernat, um künftig Stadtplanung und Stadtentwicklung „aus einem Guss“ zu gewährleisten und die zentralen städtebaulichen und damit auch wirtschaftsfördernden Aufgaben wie z.B. Umbau der Berliner Promenade und das Zukunftsprojekt „Stadt am Fluss“ in einer Hand zu bündeln. Dabei ist darauf zu achten, dass Projektplanungen auch an private Firmen und Architekturbüros vergeben werden.
- bessere Vermarktung von Gebäuden und Flächen
Es ist ein Kooperationsmodell zu entwickeln zwischen GIU Flächenmanagement GmbH und dem städtischen Gebäudemanagement (GMS) zur Vermarktung von Flächen und Gebäuden, die bisher nur unzureichend genutzt oder verwertet werden konnten. Dieses soll auch die Vernetzung des facility-managements umfassen, um die im Besitz von GIU und GMS befindlichen Liegenschaften und Immobilien zu betreuen. Dabei ist auch zu prüfen, ob und in welchem Umfang private Dritte damit beauftragt werden können.

11. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

- Kooperation mit dem Regionalverband
Es sind Gespräche mit dem Regionalverband zu führen mit dem Ziel einer engen Kooperation bzw. einer späteren Beteiligung des Regionalverbandes an der GIU sowie einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den gesamten Großraum Saarbrücken.
- Kooperation mit der Sparkasse
Eine enge Kooperation der neuen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit der Sparkasse Saarbrücken und anderen interessierten Geldinstituten - mit ihrem Finanz-, Beratungs- und Beteiligungs-Sachverstand sowie ihren Finanzierungsmöglichkeiten - wird angestrebt.
- Kooperation mit dem Land
Das bisherige Nebeneinander von GIU und der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) macht aus Saarbrücker Sicht keinen Sinn. Anstatt kreativem Wettbewerb gab es oft ein gegenseitiges Ausbremsen zum Schaden der Stadt. Als Beispiel sei hier nur die Diskussion um den Neubau der Saarlandhalle genannt, welche zu unnötigen Verzögerungen führte. Daher fordern die Saarbrücker Liberalen für die Wirtschaftsförderung eine engere Vernetzung mit dem Land, verbunden mit der immer wieder erhobenen Forderung, dass sich auch die Landesregierung klar zu Saarbrücken als Oberzentrum bekennen muss.

11.12. Nahversorgung sichern

Pulsierendes Leben in Saarbrücken bestimmt das Wirtschaftsleben in der gesamten Region. Das Leben und auch das Wirtschaftsleben funktioniert aber nur, wenn neben dem Arzt, der Facharzt, der Zahnarzt, die Apotheke, der Bäcker, der Metzger, der Friseur, der Optiker, der Schreibwarenhändler, der Anwalt und der Gastwirt seinem Gewerbe nachgeht. Dann wird man auch eine Filiale der Sparkasse, ein Kino und eine Post dort finden. Alle, zusammen mit der Wohnbevölkerung, sind notwendiger Teil solcher Städte. Nur wenn dieses Angebot vorhanden ist, kann Saarbrücken weiter seiner Rolle als Oberzentrum des Saarlandes gerecht werden. Fällt einer aus, verringert sich der Kundenstrom für alle anderen, mit der Folge einer Kettenreaktion.

11.13. Standortprofilierung

Gesunde Industriezweige mit hoher nationaler, aber auch internationaler Wettbewerbsfähigkeit brauchen ein leistungsstarkes und dienstleistungsorientiertes Umfeld. Hier kann gerade die Stadtverwaltung mit Kreativität und Weitblick erheblich mehr Akzente als bisher setzen und die bekannten Defizite in der Standortqualität des Saarlandes abbauen.

Wichtige Schwerpunkte hierbei sind einerseits die zügige Umsetzung der herausragenden Zukunftsprojekte wie

- „Quartier Eurobahnhof“ und
- „Stadtmitte am Fluß“

sowie die Optimierung der regionsübergreifenden Infrastruktur der Landeshauptstadt:

11. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft

- zügiger Ausbau der Saarbahn auf der schon bestehenden Achse, sowie der Ausbau einer Achse durch das Sulzbachtal
- Entflechtung der Autobahnsituation (A1 Verschwenkung)
- Stärkung des Flughafens
- Echte Konzepte zum Ausbau Saarbrückens als ICE Haltepunkt
- Optimale Lenkung der Pendlerströme im Nahverkehr
- Verstärkte Nutzung von Synergieeffekten mit den benachbarten Wachstumsregionen - auch in Frankreich und Luxemburg
- Zielorientierte Moderation einer integralen Clustervernetzung (keine Einzelkämpfer am Standort!)
- Bessere Vermarktung der Industrie- und Gewerbeflächenpotenziale
- Schaffung von repräsentativen Kongress- und Tagungsmöglichkeiten in Saarbrücken. Schnellstmöglicher Ersatz für heutige Erfordernissen nicht mehr entsprechenden Saarländhalle.

Außer den sog. „harten“ Standortfaktoren, wie geeignete Gewerbeflächen und Verkehrsanbindung, fordert die FDP auch die Verbesserung der sog. „weichen“ Standortfaktoren wie zum Beispiel eine ausreichende Anzahl von Kindertagesstätten mit flexiblen Öffnungszeiten.